27 JAHRE ROTE Flora

zeck

Nummer 195// November/Dezember 2016

florafeiert.blogsport.eu

…und vorneweg wie immer das Vorwort

Liebe Genoss_innen, Freund_innen, wieder einmal ist es soweit und wir haben ein neues Heftchen auf den Markt geworfen. Unsere letzte Ausgabe war hoffentlich nicht nur wegen des hübschen Titelblatts relativ schnell vergriffen. Nach der Mal- und Bastelaktion der Schergen an der Flora Plakatwand, hatten wir eigentlich auch mit einer Reaktion der Staatsmacht gegen die beliebte Zeitschrift gerechnet. Sie haben die Gelegenheit verstreichen lassen…also los, mehr Plakate mit Bullengesichtern in der Stadt!
Unser neues Lieblingsthema wird perspektivisch logischerweise der G 20 im nächsten Jahr sein. So langsam kommen alle in die Gänge, um den Widerstand zu organisieren. Schriftlich gab es bisher noch nicht so viel, aber das wird sich mit Sicherheit ändern.

Die Einladung zur Flora VV am 27. 10. haben wir noch mal abgedruckt, weil sie inhaltliche Anstöße für weitere Diskussionen geben kann. Die nächste VV zum gleichen Thema findet in der nächsten Zeit statt. Achtet auf Ankündigungen. Auch wenn wir bekanntermaßen mit der IL nicht allzu viel zu tun haben, haben wir den Aufruf zur Aktionskonferenz Anfang Dezember mit im Heft. Wir finden es richtig, da hinzugehen und unsere Ideen auf den Tisch zu legen; vor allem aber um über aufgezwungene Aktionskonsense zu diskutieren.

Viele Dokus haben uns erreicht und auch hier beginnt sich der Wind Richtung Anti-G 20 Mobilisierung zu drehen. Die abgebrannte Bullenchef Karre hat offensichtlich für ordentlich schlechte Laune bei der Gegenseite gesorgt. Wie immer: macht es nach, macht es besser und lasst euch nicht erwischen! In diesem Zusammenhang: Der EA hat verlauten lassen, dass die Bullen begonnen haben, mit Gefährder_innenansprachen Genoss_innen zu nerven und auch der Verfassungsschutz ist mit Anquatschversuchen unterwegs. Lasst euch nicht verrückt machen, keine Gespräche mit den Schergen, ihre Versuche öffentlich machen und meldet euch bei der Roten Hilfe oder dem EA.

Der doch sehr lange Text des ‚blauen Montags' hat unser Layout Konzept arg strapaziert. Wir fanden ihn aber gut und wichtig, so dass unterhaltsame Fotos in dieser Ausgabe nur spärlich enthalten sind. Die fast 2 Seiten Fußnoten des Textes haben es dann aber trotzdem nicht geschafft.

So, die nächsten Monate werden spannend und der nächste Sommer erst recht. Viel Erfolg und Glück für euch, Texte und Geld für uns!

Herzlichen Glückwunsch zum 27 Jährigen für unsern Kasten, weiter geht's!

Eure ZECK

Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im örderabo für 0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!). Eigendruck im Se bstver ag.

Inhalt **Seite**

KURZES

Greek militarism in the age of SYRIZA
Montag 7.11, Rote Flora 20 Uhr

Im Dezember 2016 findet in Hamburg der OSZE Gipfel statt, im Juli 2017 der G20 Gipfel. Vor diesem Hintergrund wollen wir mit Aktivist*innen der Gruppe Xupoluto Tagma (Barefoot Bataillon) aus Griechenland diskutieren: Wie wichtig ist die Armee für einen Staat und dessen interne und externe Herrschaftsansprüche? Wie stabil und wirkungsmächtig sind nationale Interessen und militärische Strategien bei Regierungswechseln?

Vielbeachtet hat in Griechenland im Jahr 2015 die Partei SYRIZA die Wahlen gewonnen. Auch etablierte Gewerkschaften und viele linke Gruppen in der BRD begrüßten und unterstützten diese Entwicklung. Auf der Veranstaltung stellt eine antimilitaristische und antifaschistische Gruppe beispielhaft vor, welche militaristische Kontinutität unter dieser Regierung stattgefunden hat und wo antiautoritäre Widerstandsperspektiven jenseits staatlichen Militarismus liegen.

In Griechenland herrscht nach wie vor die Wehrpflicht. Xupoluto Tagma ist eine antimilitaristische Gruppe aus Ioannina, die Totalverweigerung unterstützt und praktiziert. Sie verweigern sowohl militärischen als auch öffentlichen Dienst und kämpfen gegen Armee, Krieg, Staat, Kapitalismus, Grenzen und Nationalismus.

Die geostrategischen Interessen wurden in Griechenland von wechselnden rechten und linken Regierungen weitgehend ungebrochen weiterverfolgt. Im Rahmen der Veranstaltung wird die Rolle des Militärs für den griechischen Staat nach Innen und Außen thematisiert. Es werden
Beispiele für die militaristische Politik von Syriza und deren Rolle im Syrienkrieg vorgestellt. Zudem wird die Bedeutung des Militärs bei der Bekämpfung und Verfolgung von Geflüchteten im Zusammenhang mit der Abschottung der europäischen Außengrenzen und im griechischen
Strafvollzug vorgestellt.

Die Veranstaltung findet in englischer Sprache statt.
++++++++++++++++++++++++++

So 27.11.
Stadtteilversammlung

Ballsalon, St-Pauli-Stadion
Themen u.a.
G20
Drogen und Razzien

++++++++++++++++++++++++++

Stadtteilrundgang nach Naziübergriff

Am 10.10. haben wir mit anderen Antifaschist_innen im Hamburger Stadtteil Berne einen Rundgang durchgeführt. Hierbei wurden Flyer verteilt, Aukleber geklebt und Nazipropaganda entfernt. Anlass des Rundgangs sind die rechten Übergriffe der letzten Wochen und die generelle Nazi-Präsenz in den Stadtteilen Farmsen, Berne und Rahlstedt. Wir haben uns entschlossen, nach Berne zu gehen, weil hier die meisten bekannten Nazis wohnen. Bei mehreren bekannten Nazis wurden gezielt Flyer in die Briefkästen geworfen. Insgesamt wurden einige Hundert Flyer verteilt.
Flyertext:
"Wir sind heute auf der Straße, weil sich hier in der Gegend rassistische Angriffe häufen!
Das ist nichts Neues und auch kein Geheimnis, die rechte Präsenz im Stadtteil ist seit Jahren nicht zu übersehen!
Am 14. September vor einem Penny in Rahlstedt einer junger Roma von einem Nazi angegriffen und schwer verletzt.
Ein weiterer Angriff ereignete sich am 03. Oktober in der August-Krogmann-Straße in Farmsen als ein weißer, junger Mann auf zwei Geflüchtete einstach, welche auf dem Weg in ihre Unterkunft waren. Auch hier muss davon ausgegangen werden, dass es sich um einem rassistischen Angriff handelt!
Das Maß ist voll! Wir werden den Nazis und ihren Freund_innen hier im Viertel nicht länger die Straße überlassen. Wir wollen nicht mehr zusehen, wie sich die rassistischen Angriffe in Deutschland verbreiten, sondern uns diesen aktiv entgegenstellen. Dazu schließen wir uns mit vielen anderen Leuten zusammen und kämpfen gemeinsam auf verschiedensten Wegen gegen Rassismus und Faschismus!
Lasst uns gemeinsam den Widerstand in den Vierteln organisieren!
Wenn ihr uns ansprechen wollt könnt ihr das unter: antifa_berne@riseup.net"
Angesichts der aktuellen politischen Lage, in der rassistische Angriffe an der Tagesordnung sind, werden wir auch weiterhin Präsenz im Stadtteil zeigen. Wir freuen uns natürlich auch, wenn sich Antifaschist_innen in anderen Hamburger Stadtteilen organisieren und ihre Straßen sauber halten!

++++++++++++++++++++++++++

Hamburg: Burschenschaft Germania - Werbung aus dem Führer-Hauptquartier

Zum jetzt beginnenden Wintersemester suchen Hamburger Studentenverbindungen wieder nach Mitgliedern und ködern mit billigem Wohnraum in manchmal schmucken Villen. Auch die völkische „Hamburger Burschenschaft Germania“ sucht auf Facebook mit der Anzeige „Deutsch? Männlich? Student? Zimmer frei in Hamburg“ nach „charakterstarken Persönlichkeiten“ die für Volk und Heimat eintreten.



Was bei Facebook noch altbacken und konservativ daher kommt, wird in rechtsextremistischen Kreisen mit eindeutigem Bezug zum Nationalsozialismus beworben. Dem „Hamburger Bündnis gegen Rechts“ wurde eine Werbepostkarte der Germania zugespielt auf der es heißt: “Kontrastpro-

gramm - Student sein - Eintreten". Illustriert ist das Ganze mit der Abbildung einer nackten Jünglings-Statue mit Schwert. Nur gut Informierte, wie eben völkische Burschenschafter und Neofaschisten, werden um den Hintergrund der Statue wissen. Sie heißt „Die Wehrmacht" und war eine monumentale Plastik von Arno Breker, Hitlers Lieblingsbildhauers. Sie wurde zusammen mit der Monumentalfigur „Die Partei" im Ehrenhof der 1939 eingeweihten Neuen Reichskanzlei aufgestellt. Also im Zentrum des nationalsozialistischen Verbrecherstaats, in dem Hitler auch sein saalartiges Arbeitszimmer hatte.
Es ist unwahrscheinlich, dass die Germania ohne Wissen um diese Hintergründe diese Werbekarte produzierte. Erstens gibt es in ihren Reihen mindestens einen Historiker, welcher en masse geschichtsrevisionistische Artikel veröffentlicht und auch sonst bildet man sich in der Sierichstraße viel auf historische Bildung ein. Zweitens fällt die Germania immer wieder durch ns-apologetische Bezüge auf. Erst letztes Jahr berief man sich auf einen der wichtigsten Juristen der frühen NS-Bewegung, Walter Luetgebrune, einen Bezug, welchen auch der Hamburger Verfassungsschutz ausdrücklich würdigte. Man gedenkt bei der Germania dem ehemaligen Freikorpskämpfer und Ritterkreuzträger der Wehrmacht Karl Mauss oder dem österreichischen Antisemiten und Hitler-Vorbild Georg Heinrich Ritter von Schönerer. Und schon 2007 präsentierte die Germania in ihrem Haus eine "Kleine Deutsche Kunstausstellung", bestehend ausschließlich aus Werken von NS-Künstlern. Der Name war denn auch eine Anlehnung an die alljährliche „Große Deutsche Kunstausstellung" im Dritten Reich.

Dass die schlagenden Studenten mit Nazi-Kunst in rechten Kreisen werben ist nur konsequent. Skandalös ist jedoch, dass auch der Wohnraum im Germanenhaus immer noch als gemeinnützig gilt und Spenden der Alten Herren über zwei so genannte Hausvereine von der Steuer abgesetzt werden können. Schließlich werden so indirekt nicht nur Wohn- und Veranstaltungsräume für intellektuelle Rechtsextremisten staatlich finanziert, sondern es ist auch unverständlich warum Wohnraum gefördert wird, welcher nur einem Bruchteil der Studierenden zur Verfügung steht. Im Falle der Germania nur Männern, die Wehrdienst geleistet haben und deutsch sind – und das heißt in der Sierichstraße immer noch „deutscher Abstammung."

++++++++++++++++++++++++++++

Die Rote Hilfe verurteilt die Hausdurchsuchungen von linken Strukturen

Die Rote Hilfe Berlin verurteilt die Hausdurchsuchungen des LKA der Brauni 53/55 am 26. Oktober 2016.
Die heute morgen stattgefundenen Hausdurchsuchungen wegen des angeblichen Verdachts auf schweren Landfriedensbruch zeigen einmal mehr, wie überzogen die Berliner Verfolgungsbehörden gegen linke Aktivist*innen vorgeht. „Es ist ein Skandal, dass wegen lächerlichen und konstruierten Vorwürfen so ein massives Polizeiaufgebot aufgefahren wird." so Alexandra Schneider, Sprecherin der Roten Hilfe Berlin. Mit diesem weiteren Versuch der Kriminalisierung alternativer Lebensentwürfe hat die Berliner Polizei wieder einmal ihre Rolle als politische Akteurin unter Beweis gestellt.
Wegen einfacher Sachbeschädigung mit 140 Polizist*innen in Vollmontur gewaltsam in mehr als ein Dutzend Privaträume einzudringen und Menschen aus ihren Betten zu zerren, zeigt als Aktion in ihrer Verhältnislosigkeit, dass es den Verfolgungsbehörden nicht um ein paar zerbrochene Scheiben oder Farbeier geht. Wie so oft ging es auch heute darum linke Aktivist*innen einzuschüchtern und linke Strukturen anzugreifen.?, so Schneider weiter. ?Das hat auch nichts mit Frank Henkel zu tun, sondern ist eine seit Jahrzehnten ungebrochene Kontinuität der deutschen und insbesondere der Berliner Verfolgungsbehörden.

Wir warten Berichte ab, ob sich die Berliner Polizei heute genau so brutal wie sonst verhalten hat.? In der Vergangenheit sind Polizeibeamte bei Hausdurchschungen immer wieder durch unprovozierte Gewaltanwendung, Zerstörungen und Schikanen in Erscheinung getreten. Die Rote Hilfe Berlin erklärt sich mit den Betroffenen solidarisch.

++++++++++++++++++++++++++++



KoZe - wir gehen



Hiermit schließen wir das kollektive Zentrum in der Norderstraße 65 im Hamburger Münzviertel. Nicht weil wir nicht mehr wollen, sondern weil die hamburgweite Unterstützung nicht ausreicht. Obwohl wir nicht aufgeben wollen, gehen wir aus den Räumen. Das verstehen wir nicht als Ende des Kampfes ums koZe, sondern als Ende eines Abschnitts im Kampf um selbstorganisierte Räume, um solidarische Nachbarschaft, um kostenlosen Wohnraum für Geflüchtete, um Autonomie.

Wir gehen aus den Räumen und sehen dies als strategischen Schritt, weil wir schon bis jetzt die Erfahrung gemacht haben, dass sich Menschen aus Angst vor Repression und auch anderen Gründen zurück undoder aus der Verantwortung ziehen und Aufgaben und Entscheidungen durch weniger Menschen gestemmt werden müssen. Das können wir zwar alleine versuchen, sehen aber auch unsere Verantwortung, die schwere Entscheidung zu treffen, dass wir das Ausmaß der kommenden Konfrontation nicht einschätzen können und dem im Zweifelsfall kräftemäßig nicht gewachsen sein werden.

Den Sieg den der Staat, die Investoren und die Gerichte damit erlangen gönnen wir ihnen auf keinen Fall. Wir werden keine Minute der Bullenpräsenz auf unserem Hof, keine der Festnahmen, keine der Schläge gegen unsere Leute vergessen, nix von all der Ignoranz der Politik, nix von eurer scheiß Heuchelei und der Fassade der Willkommenskultur werden wir vergessen, dessen kann sich jede_r bewusst sein. Jede Räumung produziert Ohnmacht. Aus Trauer und Wut wurde schon immer auch Widerstand.

Man fragt uns, ob wir nicht den Absprung verpasst hätten, den Zeitpunkt aus dem Haus zu gehen, wie es so viele andere taten. Nein haben wir nicht. Ihr habt den Punkt verpasst wiederzukommen. Die individuelle Enttäuschung ist kein Argument, sie ist ein Phänomen in von Repression und Räumung bedrohten Räumen. Sich das nicht geben zu wollen, den Druck einer Räumungsbedrohung aushalten zu müssen, ist verständlich. Zusammen mit mehr Leuten wars einfacher, der Druck nicht so präsent. Je weniger wir werden, desto individualisierter wird es uns treffen, darauf haben auch wir gerade keinen Bock. Nachdem die WG von Geflüchteten, die monatelang bei und mit uns wohnten nun woanders was gefunden hat können auch wir nun gehen. Das individuelle Sich-Zurückziehen konnten nämlich nicht alle, nur jene, die was zum Zurückziehen hatten.

Wir hatten über zwei Jahre eine großartige Zeit, in der wir viel tolles gemacht, erschaffen, erlebt, konstruiert und diskutiert haben. Wir haben Scheiße erlebt und manches davon auch nicht verkraftet. Aber auch Wut geteilt. Die Kämpfe, die woanders und auch weit weg statt finden, waren plötzlich bei uns und wir bei ihnen: Hambacher Forst, Griechische wie Berliner, Kölner oder Göttinger Häuserkämpfe, für Social Centers und für Wohnraum, für Recht auf Stadt, für Nachbarschaften, von/mit/für Geflüchtete und für Autonome. Über antirassistische Kämpfe in Deutschland, in Frankreich und auf der Balkanroute. Auch über Kriege und Flucht, über Geschichte antifaschistischen Widerstands und über andere Formen von Zusammenleben u.v.m. haben wir gelernt.

Unsere Erfahrungen der Selbstverwaltung und des Kollektivs sind der größte Schatz, neben der Dankbarkeit die wir erfahren und weitergeben. Kein Geld der Welt kann die sozialen Bindungen, die wir hier produziert haben aufwiegen, keine App kann diese Verbindungen herstellen, kein Staatsfuzzi ihre Bedeutung erkennen, kein Buch das Wissen einfangen was wir gemeinsam produzierten. Ein Kollektiv zu werden war super, die Idee des kollektiven Zentrums ist mehr als aufgegangen. Klingt zwar komisch, das in einem Auflösungstext zu schreiben aber immerhin waren wir es, ein Kollektiv. Mit einer Auswertung haben wir schon begonnen, und freuen uns einen Teil unserer Erfahrungen damit und über Veranstaltungen anderen Projekten weiterzugeben. Wer rumkacken will solls besser machen. Über solidarische Kritik freuen wir uns wie immer.

Die Revolution ist großartig.
Wir waren schon ein kleiner Teil davon.

Auf Wiedersehen,
das ehemalige koZe-Plenum.

Reflexion Kollektives Zentrum

Wir sind eine kleine Gruppe an Menschen, die zum Teil bis letzten Sommer Nutzer_innen des kollektiven Zentrums waren und alle tief verbunden sind mit der Geschichte des koZe. Alle von uns sind nach und nach aus verschiedensten Gründen aus diesem Prozess ausgestiegen. Bis heute identifizieren wir uns in der einen oder anderen Weise mit diesem Ort. Wir wünschen uns einen öffentlichen Diskurs über die Gründe, die zur Aufgabe des Plenums führten und darüber, was wir aus diesem Prozess lernen können. Nicht nur individuell sondern vor allem als Bewegung.

Wir legen in diesem Text auch strukturelle Dinge offen. Wir glauben, dass die Repressionsbehörden so oder so unsere Strukturen kannten. Dementsprechend kann eine Verheimlichung eben dieser nur denen nützen. Wir haben nichts gegen Klandestinität, jedoch war das Projekt koZe nie auf eine solche ausgelegt. Das finden wir nach wie vor richtig und sind entsprechend der Überzeugung, dass eine offene Reflektion uns mehr helfen als schaden kann. Schöner wäre es natürlich, eine solche Reflektion zunächst intern zu betreiben. Dies ist leider nicht möglich, dafür waren zu viele unterschiedliche Menschen in einem zu langen Zeitraum an diesem Prozess beteiligt. Nichtsdestotrotz richtet sich dieser Text an alle, die sich mit emanzipatorischer linker Bewegung identifizieren und nicht an Presse und bürgerliche Öffentlichkeit.

Dieser Text ist keine Antwort auf vorherige Texte, sondern Teil einer hoffentlich größer werdenden Auseinandersetzung und Reflexion aus verschiedenen Perspektiven. Wir empfehlen euch, vorher diesen Text über die Geschichte des koZe zu lesen. Wir teilen zwar einige Meinungen und Darstellungen nicht, dennoch wird hier ein guter Überblick über die Geschichte des Hauses gegeben.

I. Unsere Perspektive

Wir haben die koZe von Anfang an begleitet und zum Teil mit erfunden. Wir waren schon Teil des Kampfes, bevor es diesen Ort gab. Wir kommen aus dem Münzviertel und aus anderen Vierteln dieser Stadt. Das führt bis zum Ende der Hofinvasion und teilweise darüber hinaus zu einer Innenperspektive, aus der wir schreiben.

Wir kommen aus der undogmatischen radikalen Linken und fühlen uns kulturell und politisch mit autonomen Ideen verbunden. Wir glauben, dass der Faktor „Raum“ auf verschiedenen Ebenen gut geeignet ist, um revolutionäre Prozesse voran zu treiben. Einerseits sind wir der festen Überzeugung, und diese wurde uns auch im Laufe des Prozesses bestätigt, dass es ein großes Bedürfnis nach Raum in dieser Stadt gibt. Weit über die radikale Linke hinaus brauchen Menschen Orte, an denen sie sich treffen, Veranstaltungen organisieren, bauen und basteln können. Infrastruktur die nicht am Geldbeutel hängt, wurde und wird gebraucht und bietet eine Möglichkeit, Schnittstellen mit gesellschaftlichen Gruppen zu schaffen, die sonst selten Zugriff auf fortschrittliche Ideen haben. Ein Ort, der ein progressives Selbstverständnis hat und gleichzeitig Diversität zulässt, kann eine solche Schnittstelle sein. Weiterhin glauben wir, dass die Kollektivierung von Raum eine konkrete Gegenmacht zur neoliberalen Stadt aufbauen kann. Wenn diese Räume erst einmal entstanden sind, können sie als handfestes Symbol gegen die kommerzielle Stadt benutzt werden. Ein Haus ist eben berührbar und erfahrbar, im Gegensatz zu der unkonkreten Idee einer befreiten Gesellschaft. Gleichzeitig werden durch die radikale Nicht-Anerkennung von Eigentum als solches, Menschen dazu gezwungen, sich nicht nur damit auseinander zu setzen was ein Investor xy alles Doofes macht, sondern eben auch damit, welchen Wert das eigene schaffende oder nicht schaffende Sein in der Welt hat. Dazu kommt, dass staatliche Institutionen sich stets dazu gezwungen sehen, dies mit ihrer Gewalt zu unterbinden. Was wiederum dazu führt, dass vielen Menschen die tatsächliche Unterdrückung wahrnehmbar gemacht wird.

Deswegen glauben wir das „Raum“ als Ausgangspunkt für Aufklärung und gesellschaftliche Veränderung funktioniert.

Zumindest in einer gesellschaftlichen Situation, wie wir sie gerade sehen.

Dies sollte nur eine kurze und sicherlich an einigen Stellen verkürzte Darstellung unserer Perspektive sein um deutlich zu machen, von wo wir sprechen.

Im Folgenden möchten wir in mehr oder weniger chronologischer Reihenfolge den Prozess des kollektiven Zentrums reflektieren, kritisieren und loben. Wir unterscheiden zeitlich in drei Zeitabschnitte: vor, während und nach der Hofinvasion. Hofinvasion nennen wir den ersten großen Angriff aufs kollektive Zentrum durch die Polizei und Finanzbehörde am 27.7.2015. Wenn wir von während der Hofinvasion sprechen, ist damit die ganze fast 40-tägige Belagerung der koZe durch die Polizei gemeint, die erst am 02.09.2015 mit der zweiten ihr Ende fand.

II. Reflexion

1. Anfang bis Hofinvasion

Wir haben beschlossen, die ganze Vorgeschichte der koZe außen vor zu lassen. Wir denken, dass die Vorarbeit der Stadtteilaktivist_innen, die spektakuläre Besetzung, die Squattingdays schon oft genug thematisiert worden und hier nicht der Schwerpunkt sind. Das Einzige, was wir erwähnen wollen ist, das sich mal wieder gezeigt hat, dass eine erfolgreiche Raumnahme in Hamburg nicht denkbar ist ohne Jahre langes Engagement der Menschen vor Ort. Es muss eine Stimmung auf vielen unterschiedlichen Ebenen geschaffen sein die es zulässt, einen Raum länger als ein paar Stunden zu halten. Nichtsdestotrotz bleibt Raumnahme auch nach wie vor etwas Alchemiehaftes. Es scheint meistens, wenn überhaupt, durch ein Vielfaches von Zufällen zu gelingen. So auch beim kollektiven Zentrum.

Was gut gelaufen ist.

Von Anfang an waren eine Vielzahl unterschiedlicher Menschen am koZe-Prozess beteiligt. Besonders hervorzuheben ist, dass es gerade am Anfang, aber auch im Laufe der Zeit viele Menschen gab, die sich weniger aufgrund der politischen Haltung und mehr aufgrund der geographischen Lage beteiligten. So entstand schon ganz am Anfang eine spannende Mischung aus Nachbar_innen und politischen Aktivistist_innen (natürlich oft auch beides, aber eben nicht immer). Gerade am Anfang hat es gut funktioniert, dies zusammenzubringen und voneinander zu lernen. Auch wenn es oft anstrengend war, wurde versucht, auf die verschiedenen Bedürfnisse einzugehen. Dies hat die koZe schnell zu einem Ort der Unterschiedlichkeit gemacht. Von uns wurde das mehr als Stärke denn als Schwäche wahrgenommen. Unsere Einschätzung bis heute: Wer braucht schon ein weiteres reines subkulturelles Zentrum in Hamburg?! Wir wollen nicht mehr Raum für die Szene, sondern eine Bewegung aufbauen.

Gut war auch, dass durch das jahrelange Engagement der Menschen vor Ort und der missachtenden Rolle der Stadt ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber dem rechtsstaatlichen Weg vorhanden war und somit eine Offenheit für unkonventionelle Lösungsansätze. Dies konnten wir nutzen und in der Zusammenarbeit aller ein Klima der Solidarität und des Mutes schaffen. Trotz der immer wieder aufkommenden inneren Differenzen gab es schnell eine Iden-

tifikation mit dem Ort und die damit verbundene kollektive Verantwortung für eben diesen. Dies hätten wir wahrscheinlich nicht so geschafft, hätten wir nicht von Anfang an eine solche Diversität zugelassen.
Nachdem das gemeinsame Selbstverständnis geschaffen wurde, gab es den Willen, das ganze Gebäude mit Leben zu füllen. Da wir wussten, dass die Finanzbehörde dies nicht wollte und in der Vergangenheit eher auf Ignoranz statt offener Ablehnung gesetzt hat, beschlossen wir, diese einfach nach den Räumen zu fragen. Natürlich in der Hoffnung, das diese einfach nicht reagiert. Somit sollte die Finanzbehörde selber uns die Legitimation verschaffen, diesen Raum zu bespielen. Unsere Einschätzung sollte sich als richtig herausstellen. Dies war dann wichtig für die Vermittelbarkeit der Raumnahme auch in ein bürgerliches Umfeld.
Von Anfang an war das Projekt koZe gefährdet. Zumindest von Innen gab es also von dem ersten Tag an einen extrem hohen Druck, Verteidigungsstrategien zu erarbeiten. Die wohl erste war, das Haus so schnell wie möglich voll zu kriegen. Dies sollte sich als leicht erweisen. Als klar wurde, dass wir die neuen Räume für Projekte öffnen, wurden wir geradezu überrannt von Raumanfragen. Da wir eigentlich jede Raumanfrage angenommen haben, mussten wir früh anfangen, Anfragen abzulehnen. Und schon ein paar Wochen nach dieser Öffnung war nur noch Platz für nicht dauerhafte Raumanfragen (sprich Veranstaltungen, Plena, etc). Dies bestätigt uns bis heute in der Annahme, dass es ein riesiges Bedürfnis an Raum gibt. Das „wer zuerst kommt, zieht ein – Prinzip" hatte nichts Geplantes an sich und zog damit eine ziemlich bunte Nutzer_innenschaft an. Für einige Entscheidungen bedeutete dies ein hohes Maß aufzubringender Empathie und Kompromissbereitschaft, vor allem aber ermöglichte es vielfältige Möglichkeiten der Politisierung im Haus, auf dem Hof und in der Nachbar_innenschaft. Wir hatten die Position, ein mit emanzipatorischen Gedanken gefülltes Haus zu sein, das seine politisierende Außenwirkung nur einen Raum weiter tragen musste. So konnten immer wieder und tagtäglich linke Ideen, künstlerisches Engagement und kulturelle Ereignisse nicht nur aufeinander treffen sondern miteinander wirken und einander näher kommen und die Ergebnisse dieser Zusammenkunft nach innen und außen tragen. Durch unsere Entscheidung, selbst die bürgerliche Presse nah an uns ran zu holen, kam auch diese nicht umhin, in ihren „Chaoten und Linksautonome" - Artikeln auch immer wieder die regelmäßigen Angebote im Haus zu erwähnen und damit zu bewerben.

Was schlecht gelaufen ist.
Ganz am Anfang wurde beschlossen, alle Entscheidungen, die das Haus betreffen auf einem gemeinsamen offenen Plenum zu treffen. Dies sollte einer Elitenbildung innerhalb des Hauses vorbeugen und einen niedrigschwelligen Eintritt in die Strukturen zulassen. Von Anfang an gab es unglaublich viel zu tun. Es wollte ein soziales Zentrum aufgebaut werden und gleichzeitig eine wie auch immer geartete Verteidigungsstrategie entworfen werden. Dieses zentrale Plenum hat sich recht schnell zu einem riesigen Arbeitsaufwand an sich entwickelt. Nicht nur, dass es sowieso mehr zu tun gab als jemals geschafft werden konnte, auch hat die Diversität, die wir als eine unserer größten Stärken begreifen, zu vielen anstrengenden und kleinteiligen Diskussionen geführt. Es wurde nicht oft genug geschafft, eine Stimmung zu erzeugen, die Vertrauen in das Gegenüber erlaubt. Dies führte auf der einen Seite immer wieder zu Frustration, auf der anderen Seite gab es schnell eine Dynamik, die extrem hohe Leistungsbereitschaft voraus setzte. Wir können uns zum Beispiel an kaum ein Plenum in dem ersten halben Jahr erinnern, das weniger als vier Stunden gebraucht hätte. Wir glauben, dass früher auf Dezentralisierung hätte gesetzt werden müssen. Es gab zwar immer wieder Versuche, eine AG-Struktur aufzubauen, doch dies scheiterte meist daran, dass es dann doch zu wenige Menschen gab, die verbindlich Verantwortung übernehmen wollten. Dies ist unserer Meinung nach auch der sehr offenen Plenumsstruktur geschuldet, welche zwar Menschen einen leichten Zugang verschaffte es aber gleichzeitig immer wieder versäumte, Menschen in die Verantwortung zu ziehen.

So glauben wir zwei sehr kritische Dinge produziert zu haben: Zum einen die völlige Selbstausbeutung einiger, zum anderen ein Spannungsfeld zwischen der Zuspitzung innerer wie äußerer Kämpfe und deutlichem Harmoniebedürfnis. Es gab also immer den Konflikt zwischen Menschen, die Situationen lieber zuspitzen und eskalieren lassen wollten und anderen, die eher eine Befriedung anstrebten. Dies wurde immer ausgehalten mit dem Blick auf die Diversität. Im Nachhinein würden wir sagen, dass dies auch zu einer Planlosigkeit und Unsicherheit führte.
An dieser Stelle hätte sich mehr Zeit genommen werden müssen, um eine gemeinsame Haltung und einen gemeinsamen Plan auszuformulieren. Viele Menschen hatten immer konkrete politische und soziale Ziele des Hauses, die sich nicht ausschlossen und somit funktionierten. Es wurde aber oft nicht über den Weg dahin gesprochen, wie geglaubt wird dorthin zu kommen. Das führte dazu, dass viele unterschiedliche Menschen Unterschiedliches dafür taten. Immer wieder waren wir davon frustriert, dass andere Menschen für uns unverständliche Dinge taten und auch noch glaubten, dies im Namen aller zu tun. Hier hätte es mehr Kommunikation geben müssen.
Im Nachhinein betrachtet sollte erwähnt werden, dass die Stadt mit ihrer Ignoranz und gleichzeitig vermeintlicher Verhandlungsbereitschaft es geschafft hat, uns nachhaltig zu lähmen. Wir hätten diese Verhandlung strategisch nutzen können für einen Zeitgewinn, uns aber nicht davon bremsen lassen dürfen.
Wir hatten bis zum Zeitpunkt der Hofinvasion den Eindruck, eine stadtweit eine sehr breite Unterstützer_innenbasis zu haben. Dies hat sich für uns aus öffentlichem und persönlichem Feedback ergeben. Heute wissen wir, dass sich wegweisende Entscheidungen nicht auf einen solchen unkonkreten Eindruck stützen sollten. Auch an dieser Stelle fragen wir uns im Nachhinein, wie wir mit dieser vermeintlichen Basis anders und besser hätten kommunizieren können. Vielleicht hätten wir dann früher bemerkt, wie wenig sich die politisch aktive Szene in Hamburg mit unserem Haus tatsächlich identifiziert hat und hätten entsprechend andere Impulse gesetzt. An dieser Stelle möchten wir uns aber auch noch einmal bedanken bei allen Einzelpersonen und Gruppen, die uns immer wieder unterstützt haben und auch die, die uns nicht unterstützt haben, dies aber transparent gemacht haben. So hatten wir da eine Möglichkeit zur Reflektion.

2. Die Hofinvasion
Was gut gelaufen ist.
Der Hof wurde an einem Montagmorgen um sechs Uhr geräumt. Trotzdem sammelten sich innerhalb kürzester Zeit viele Menschen an den Hamburger Gittern. Und noch mehr, die den Tag über vorbei kamen und ihre Unterstützung signalisiert haben. Vor allem für die Menschen vor Ort war das ein wichtiges Zeichen der Solidarität.
Durch die starke emotionale Involviertheit Einzelner in das koZe und deren Teilräumung haben wir von Anfang an und durchgängig viel auf dieser Ebene mit unseren Freund_innen kommuniziert. Wir haben entsprechend breiten Support bekommen. Ein unglaublich wichtiger Faktor ist auch, dass unser eher externer Trägerverein KunaGe e.V. dem enormen Druck standgehalten und mit uns weiter nach Lösungen gesucht hat.
So konnten wir kurze Zeit nach der Invasion eine Pressekonferenz abhalten, die es

uns erlaubte, starken Einfluss auf die öffentliche Berichterstattung zu nehmen und mit unserer Vision der Nutzung des gesamten Schulgeländes eigene Akzente zu setzen.

Was schlecht gelaufen ist.

Der Angriff auf uns kam einigermaßen unerwartet. Bei Treffen mit Insidern aus der Politik wurde uns signalisiert, dass innerhalb der parlamentarischen Sommerpause keine Räumung oder dergleichen erwartbar sei. Zwar haben wir dem nicht vertraut, dennoch hat es unsere generelle Stimmung mit geprägt.

Durch den massiven Angriff einigermaßen gelähmt, haben wir es leider versäumt, eine deutliche politische Antwort zu formulieren bzw. andere dazu zu beflügeln, dies zu tun. In dieser Situation wurde deutlich, wie viele unterschiedliche Vorstellungen es für eine solche Situation gibt. Während die einen versuchten, Menschen zu einer aktionsorientierten Antwort zu bewegen, versuchten andere immer wieder eher zu deeskalieren. Wir schafften es nicht, uns Raum dafür zu nehmen, genau über dies zu streiten und einen gemeinsamen Weg zu finden. Ein anderer großer Konflikt in dieser Zeit war, Menschen, die sich emotional sehr betroffen fühlten, neu dazu Kommende und plötzlich Wegbleibende unter einen Hut zu bekommen. Dies führte zu einer kruden Mischung aus Erwartungshaltung, Voreingenommenheit und unterschiedlichen Vorstellungen. Daraus sind verschiedenste Hierarchien und Entscheidungsstrukturen entstanden, welche lange Zeit brauchten, um wieder aufgelöst zu werden und viele Kapazitäten verschlangen, die woanders dringend benötigt gewesen wären. Und auch hier kam es wieder zu mehrfachen Frustrationen auf verschiedensten Ebenen, die dazu geführt haben, dass Menschen gingen.

Auch in dieser Zeit haben wir lange gebraucht, um unsere Lage und unsere Wünsche effektiv in die (aktionistische) Öffentlichkeit zu tragen. Wir sind eher im Chaos versunken, als das es uns gelang, das Ruder wieder an uns zu nehmen. Das war nun auch sicherlich Sinn der des Überfalls und umso frustrierender, dass es funktioniert hat. Trotzdem wollen wir sagen, dass wir anhaltend darüber erschrocken sind, wie uns die Definition und Ausführung einer Reaktion zugeschrieben wurde. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass es bei einer solchen Demonstration staatlichen Gewaltmonopols viele Reaktionen geben kann und soll, die nicht (nur) von der betroffenen Partei ausgehen müssen. Vielleicht haben wir den eigentlichen Skandal um diese polizeiliche Aktion nicht genug angezeigt.

3. Nach der Hofinvasion

Was gut gelaufen ist.

Wir haben weiter gemacht. Wir haben versucht, nicht andere dafür verantwortlich zu machen, dass unser Haus nicht mehr das Selbe war. Wir waren noch da, als der Hauptbahnhof voll mit Geflüchteten war und sich die linke Szene zwischen „Willkommenskultur" und dem Kampf gegen „Fortress Europe" verorten musste. Wir haben unser inzwischen leerer gewordenes Haus weiterhin bedarfsorientiert genutzt. Die Umgestaltung unserer Räume und Neubündelung unserer Kräfte machte möglich, den Entwurf eines Collective Refugee Welcome Center (Arbeitstitel) zu entwerfen und dazu einzuladen. Nach wie vor waren wir zu wenige, um all diese Aufgaben zu stemmen. Aber es waren auch viele neue Gesichter dabei, die bereit waren Zeit und Energie in dieses Haus und die neuen Aufgaben zu stecken.

Was schlecht gelaufen ist

Eine herbe enttäuschung war das die Transformation in ein Collective Refugee Welcome Center (Arbeitstitel) wenig bis gar keinen Anklang außerhalb des Hauses fand. Dies hat zu nachhaltigem Frust bei vielen geführt.

Wenn wir davon sprechen, dass das Haus leerer wurde und Angebote, die das koZe ausmachten, verschwanden, kommen wir nicht umhin, das „wie" zu kritisieren. Es ist fast durchweg versäumt worden, Wissen und Strukturen an neue Aktive zu übergeben. Im Nachhinein würden wir uns (auch von uns selber) wünschen, das Sich-aus-dem-Projekt-Ziehen für die Anderen, die Bleibenden, erkennbar und reflektierbar zu machen. So hätten sicherlich einige Konflikte umgangen oder erleichtert werden können und es hätte gemeinsam ein gezielteres Bild des neuen koZe gemalt und nach außen getragen werden können.



III. Ausblick

Was eine Bewegung aus diesem Prozess mitnehmen kann.

Vor allem ist mit dem koZe bewiesen worden, dass eine größere Raumnahme im Hamburger Innenstadtbereich nach wie vor möglich ist. Besetzen kann sich also nach wie vor lohnen! Das Experiment koZe konnte neue Ideen und Perspektiven in die Stadt einbringen. An die kann nun, falls gewollt, angeschlossen werden. Jetzt, wo das Plenum beschlossen hat aufzugeben, gibt es zwar nicht mehr die Möglichkeit, diesen expliziten Konflikt zuzuspitzen. Jedoch gibt es die Möglichkeit, kollektiv aus diesem Prozess zu lernen. Mit diesem Text wollen wir dazu beitragen.

Auch sind wir der Überzeugung, dass viele Potenziale da waren und es unter anderen Umständen möglich gewesen wäre, dieses Haus vielleicht dauerhaft zu etablieren.

Für uns und hoffentlich auch für andere gilt vor allem, an das was gut gelaufen ist anzuknüpfen und das was schlecht gelaufen ist, nächstes Mal anderes zu machen. Wir erhoffen uns eine gemeinsame Auswertung und würden uns freuen, wenn es Menschen gibt, die auch aus anderen Perspektiven eine Reflektion veröffentlichen. Insbesondere würden wir uns wünschen, dass noch einmal zusammen gefasst wird, was die Stadt Hamburg in diesem Prozess eigentlich so gemacht hat (zu welchem Zeitpunkt das Abendblatt mit „droht Hamburg eine neue Flora" getitelt hat, zu welchem Zeitpunkt die großen Bulleneinsätze waren, wie sich Menschen öffentlich geäußert haben usw.). Hoffentlich gibt es Menschen, die aus diesem Text etwas mitnehmen können.

Am Ende möchten wir uns noch bei allen bedanken, die diesen Prozess möglich gemacht und ihn begleitet haben.

Geschichte wird gemacht.

Bis zum nächsten mal!

Vollversammlung gegen den G20-Gipfel in Hamburg – Rote Flora 27. Oktober 20 Uhr



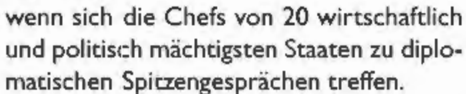
Am 7. und 8. Juli 2017 findet in Hamburg der nächste G20-Gipfel statt. Wir laden zu einer Vollversammlung in der Roten Flora ein, um Informationen zum aktuellen Stand der Gipfelplanungen zu sammeln, einen Ort des gemeinsamen Austausches und der Diskussion über Gegenaktivitäten herzustellen und einen Impuls für antagonistische Mobilisierungen gegen den G20 zu setzen. Wir wollen darüber sprechen, wie es um die Begeisterung für Proteste in Hamburg bestellt ist, was uns an Repression und in angrenzenden Stadtteilen an Beschränkungen erwarten könnte. Wie wir uns im Umfeld des Gipfels dagegen und darüber hinaus sinnvoll vernetzen können, in unserem politischen Alltag, unseren Zentren und Projekten. Wo wir mögliche inhaltliche Schwerpunkte für antiautoritäre Mobilisierungen sehen, die auch politische Blickwinkel und Lebensrealitäten einbeziehen, die nicht vor der eigenen Haustür oder im eigenen Milieu enden.

Was kommt da auf uns zu?

Neben den Regierungen der G7-Staaten gehören auch Russland, China, Brasilien, Indien, Indonesien, Argentinien, Mexiko, Südafrika, Australien, Südkorea, Saudi-Arabien, die Türkei und die EU zu den Teilnehmer*innen. Vertreter*innen von internationalen Organisationen wie UNO, Weltbank oder IWF nehmen in beobachtender und beratender Funktion teil. Ohne Mitgliedsrechte sind Vertreter*innen der Afrikanischen Union (AU) oder des Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN) eingeladen.

Der G20 nimmt für sich in Anspruch, zwei Drittel der Weltbevölkerung zu vertreten (vor allem durch die Teilnahme von chinesischen und indischen Regierungsvertreter*innen). Durch die Einbindung von internationalen Verbänden wie ASEAN und AU wird zudem behauptet, auch die Interessen von nicht teilnehmenden Staaten aus diesen Regionen zu vertreten. Auch die Zusammenarbeit mit NGOs und die Einbindung eines sogenannten „Gegengipfels" ist Teil der politischen Legitimierung des G20-Gipfels als vermeintliches Fest der Demokratie in Hamburg.

Merkel hat zuletzt sogar erklärt, die Zivilgesellschaft bei der Durchführung des Gipfels einzubinden: Gewerkschaften, Frauen- und Jugendverbände sollen sich „an der Vorbereitung dieses Gipfels beteiligen können". Ob dies noch Greenwashing oder schon der repressive Schleudergang gegen soziale Bewegungen sein soll, wissen wir nicht. Zumindest soll mit solchen Konstrukten der Öffentlichkeit vorgemacht werden, diese hätte irgendetwas mitzureden oder gar zu entscheiden,

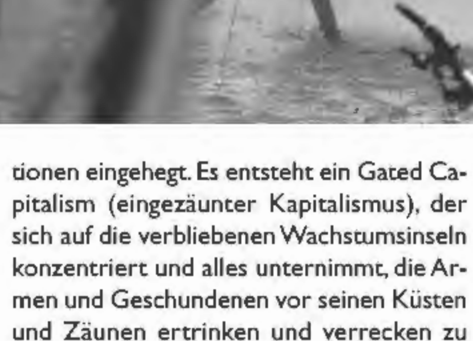


wenn sich die Chefs von 20 wirtschaftlich und politisch mächtigsten Staaten zu diplomatischen Spitzengesprächen treffen.

Den Gipfel auf die Straße setzen!

Die autoritäre Realität solcher Veranstaltungen bildet sich schon in den massiven Sicherheitsmaßnahmen zur Durchführung des Gipfels ab, der diesmal nicht in ländlich abgeschiedener Beschaulichkeit stattfindet, sondern mitten in der Stadt. Anwohner*innen sollen keine Kinderfeste feiern, hieß es, Besucher*innen bitte an den Polizeiabsperrungen abholen und vor allem immer freundlich winken, wenn Staatsgäste durch die hermetisch abgeriegelten Straßen fahren. Eines ist klar: Gesellschaftliche Veränderungen lassen sich nur im massiven Protest und Widerstand gegen diese schöne G20-Welt der Empfänge, inszenierten Bilder und frohlockenden Botschaften des Kapitalismus durchsetzen.

Der G20-Gipfel ist kein Treffen von zwei Dritteln der Menschheit, sondern von Regierungen und Regimen, von Folterstaaten und kriegführenden Militärblöcken, welche die globale Ausbeutung vorantreiben. Der Gipfel dient der Aufrechterhaltung dieser Weltordnung, die für diverse kriegerische Konflikte, Armut und derzeit über 60 Millionen Menschen auf der Flucht verantwortlich ist. Das globale kapitalistische Regime schlägt seit der Finanzkrise von 2008 eine neue Richtung ein: Die Globalisierung, d.h. der Warenaustausch und die Vernetzung der Produktionsbeziehungen erlahmt. Der Abschluss internationaler Freihandelsverträge stockt, sei es global im Rahmen der WTO oder regional zwischen den USA und der EU. Lokale Aufstände und Krisen werden nicht mehr in erster Linie mit westlichen Militärinterventionen versucht zu erstickenund eine neue Ordnung zu etablieren, sondern mit informellen Interventionen eingehegt. Es entsteht ein Gated Capitalism (eingezäunter Kapitalismus), der sich auf die verbliebenen Wachstumsinseln konzentriert und alles unternimmt, die Armen und Geschundenen vor seinen Küsten und Zäunen ertrinken und verrecken zu lassen.



Da das Wachstums- und Wohlstandsversprechen auch für viele Menschen in den Metropolen nicht mehr zieht, feiern Rechtspopulismus und autoritäre Lösungsmuster in der EU, den USA oder Asien neue Urstände. Gefordert werden nicht nur Protektionismus, sondern auch der Rausschmiss von Migrant*innen und die Errichtung von Grenzzäunen. Nach innen gerät alles unter Verdacht, was nicht ins nationalistische oder religiöse Muster passt, was queer oder nur nonkonformistisch ist. Wir sehen jedoch schon jetzt, insbesondere außerhalb der Metropolen, dass Ausbeutung und Marginalisierung zunehmen, Polizeitstaat und kriegerische Zustände die Regel werden.

Wir werden keine gute Miene zu diesem Spiel machen und lassen uns auch nicht als Statist*innen einer Inszenierung vorführen, die vorgibt, innerhalb der vorgesetzten Spielregeln gäbe es irgendetwas zu gewinnen oder wesentlich zu verändern. Wir wollen stattdessen auf der Vollversammlung der Roten Flora eine Diskussion beginnen, wie wir den Staatsakten, Kamingesprächen und Erzählungen der Gipfelarchitekt*innen unsere eigenen Erzählungen auf der Straße entgegensetzen können. Wir sind nicht am Ende der Geschichte, sondern mittendrin und es gibt keinen Grund, sich dabei hinten anzustellen.

Kampagne Flora bleibt unverträglich

Brief einer Anwohnerin: Die Arroganz der Macht

Im Nachgang der städtischen Informationsveranstaltung zum OSZE- und G20-Gipfel erreichte uns dieser wütende Brief einer Anwohnerin aus dem Schanzenviertel. Diesen finden wir sehr lesenswert und wollen ihn hiermit dokumentieren:

Die Arroganz der Macht

Für den 01. September hatte die Stadt Hamburg die Anwohner*innen rund um das Messegelände zu einer Infoveranstaltung zum bevorstehenden OSZE-Ministerratstreffen im Dezember 2016 und theoretisch auch zum G20-Gipfel im Juli 2017 eingeladen.

Die Redner*innen waren Mitarbeitende der Senatskanzlei und der Innenbehörde. Zunächst sollte über das Warum eines Gipfels aufgeklärt werden und im Anschluss das geplante Sicherheitskonzept bestehende Bedenken der Anwohner*innen ausräumen.

Beides schlug von Anfang an fehl. Die Konzeption der Veranstaltung ging an den Erwartungen der Eingeladenen komplett vorbei. Die Stimmung des Publikums im gut gefüllten Veranstaltungssaal war durchgehend hitzig.

Nicht nur mangelt es seitens der Stadt offensichtlich an der Akzeptanz kritischer Stimmen. Zumal in einem Wohngebiet, dass als traditionell widerständig gegen herrschende Vorstellungen gilt. Die seitens der Moderatorin und der Stadtvertreter*innen oft beschworene Kulisse demokratischer Werte fiel in kürzester Zeit in sich zusammen. Geäußerte Kritik wurde auf arrogante Art und Weise abgewürgt. Nachfragen zum geplanten Sicherheitskonzept in Richtung Innenbehörde wurden selbstherrlich abgetan. Die Äußerung, die Anwohner*innen hätten das Maß ihrer Einschränkungen selbst zu verantworten, kommt einer Drohung gleich.

Nicht zuletzt die Zensur des Livestreams demaskiert das Geplapper über demokratische Werte. Denn denen, die eben diesen verfolgten, wurde vorenthalten, dass über einen langen Zeitraum der anderthalbstündigen Veranstaltung ein Protestierender mit „Kein G20"-Schild auf dem Podium saß.

Das OSZE-Ministerratstreffen am 08./09. Dezember 2016 ist der Testballon für den G20-Gipfel. Ein ausuferndes Sicherheitskonzept inkl. verschweißter Gullydeckel liegt längst in irgendeiner Schublade der Innenbehörde. Die Legitimation dieses Konzepts werden die Proteste im Dezember sein. Klappe halten ist aber nicht!

Liebe Freie und Hansestadt Hamburg du bist weder tolerant noch weltoffen. Du bist verhaftet in einer kapitalistischen Verwertungslogik, die eine Entfremdung zwischen herrschender Klasse und Regierten vorantreibt. Du schaffst es nicht, deiner Bevölkerung den Sinn maßloser Großveranstaltungen zu vermitteln, weil sie nun mal nicht sinnvoll sind. Sie sind eine Plattform für die Mächtigen dieser Welt, Lobbypolitik für die großen Konzerne zu machen und deren Interessen von Profitmaximierung auf Kosten von Arbeitsbedingungen und Umweltzerstörung voranzutreiben. Aus diesem Grund hattest du ein Publikum zu Gast, dass von Anfang an verärgert war und dem auch permanent Ausdruck verliehen hat.

Der Ruf nach mehr Transparenz im Sinne demokratischer Werte macht weder an dieser noch an anderer Stelle Sinn. Eine Begegnung auf Augenhöhe in einer kapitalistischen Weltordnung bleibt eine Illusion. Stattdessen gilt es über basisdemokratische Strategien zur Selbstermächtigung zu sprechen, wie sie vor allem in den betroffenen Vierteln bereits seit Jahren gängige Praxis sind.

Das Problem heißt Kapitalismus und die herrschende Politik ist Teil des Problems.

Wir sind Teil der Lösung!

03./04. Dezember: Aktionskonferenz gegen den G20-Gipfel 2017

Am 7. und 8. Juli 2017 soll in Hamburg der G20-Gipfel stattfinden. Die Regierungschefs und –chefinnen der 19 reichsten und mächtigsten Staaten der Erde, begleitet von 6.000 Delegationsmitgliedern, umschwärmt und dauerfotografiert von erwarteten 3.000 Journalist_innen und natürlich abgeriegelt und geschützt von einer Polizei- und Geheimdienstarmee von mindestens 10.000 Einsatzkräften.

All dies soll mitten in Hamburg stattfinden: in den Messehallen, im Rathaus, in der Elbphilharmonie. Weiträumige, mehrstufige Absperrungen, Ausweiskontrollen, evakuierte Wohnungen – die hauptsächlichen Leidtragenden werden die Menschen im Karoviertel und den anderen umliegenden Stadtteilen sein, besonders jene, die wegen ihrer Herkunft, ihres Aufenthaltsstatus, ihrer prekären sozialen Situation oder aus irgendeinem anderen Grund ohnehin schon häufigen Kontrollen und Schikanen ausgesetzt sind.

Die Bewohner_innen sollen weichen für eine Inszenierung der Macht, aus einer lebendigen Stadt wird eine tote Kulisse. Aufgeführt wird vor allem die Illusion, dass die politischen Eliten des globalen Kapitalismus die Dinge im Griff hätten, dass sie irgendwie in der Lage seien, den Menschen Sicherheit, Frieden, Auskommen, eine reale Zukunftsperspektive zu verschaffen. Dabei vollzieht sich vor unser aller Augen das genaue Gegenteil: Die herrschende Weltordnung ist eine täglich weiter eskalierende Welt-un-ordnung von brutaler sozialer Ungleichheit, strukturell verankertem Sexismus und Rassismus, ökologischer Verwüstung und sich ausbreitenden Kriegen. Millionen Menschen sind auf der Flucht, Milliarden kämpfen ums bloße Überleben und stetig mehr Menschen sind weltweit, auch hier in Deutschland, von Prekarisierung betroffen. Zugleich wird eine kleine globale Oberschicht fortwährend reicher und reicher.

Die politischen Repräsentanten dieser Weltunordnung wollen also nach Hamburg kommen: Erdogan aus der Türkei, Putin aus Russland, Brasiliens kalter Putschist Temer, wenn wir Pech haben noch Donald Trump. Auch über die Regierungen Chinas oder Indiens lässt sich nicht viel Gutes berichten. Und die auch so demokratischen Regierungen Westeuropas? Sie sind es, die Mauern und Zäune errichten und Menschen auf der Flucht eiskalt ertrinken lassen. Wir werden ihnen zeigen, dass sie in Hamburg nicht willkommen sind!

In vielen politischen Gruppen und Spektren haben die Überlegungen, wie die notwendigen Proteste und Aktionen gegen den G20-Gipfel organisiert werden können, bereits begonnen. Dabei gibt es ganz unterschiedliche Ansatzpunkte: Den einen geht es um das Recht auf Stadt, anderen um Klimapolitik, wieder anderen um Flucht und Migration oder um den Kapitalismus als

Ganzes. Es gibt Ideen von einem Gegengipfel, einer Großdemonstration, von ungehorsamen Aktionen rund um den Tagungsort oder in der ganzen Stadt.

Aber egal wie die Kritik am G20-Gipfel genau begründet wird, egal welche Aktions- und Ausdrucksformen bevorzugt werden, die Proteste können nur dann ein Erfolg werden, sie können nur dann die Möglichkeit einer anderen, solidarischen und gerechten Welt aufscheinen lassen, wenn sie nicht gegeneinander gestellt werden, sondern sich ergänzen. Das braucht vor allem Absprachen und viel Kommunikation zwischen den Gipfelgegner_innen.

Wir wollen den Raum schaffen für diese Kommunikation, für gemeinsame Planungen und für Verabredungen, wie sich unterschiedliche Vorstellungen ergänzen können. Deswegen laden wir ein zu einer Aktionskonferenz, bei der alle Aktivist_innen und Interessierten willkommen sind, die sich in einen linken, emanzipatorischen Gipfelprotest einbringen wollen. (Dass wir einen klaren Trennungsstrich gegen alle rechten, rassistischen oder antisemitischen Standpunkte ziehen, versteht sich von selbst.) Kommt zahlreich am 3./4.12. nach Hamburg und bringt Eure Ideen und Fragen mit, dann werden die Bilder, die im Juli 2017 um die Welt gehen, ganz andere sein, als sich die Gipfelstrategen dies wünschen.

Zur Konferenz laden ein:
- Gegenstrom/Ende Gelände Hamburg
- Gruppe für den organisierten Widerspruch (Grow), Hamburg
- Interventionistische Linke Hamburg
- JXK Hamburg – Studierende Frauen aus Kurdistan
- Netzwerk „Recht auf Stadt“ Hamburg
- Projekt Revolutionäre Perspektive Hamburg
- YXK Hamburg – Verband der Studierenden aus Kurdistan

„Flüchtlingskrise“ und autoritäre Integration

Zu einigen Aspekten der Reorganisation staatlicher Kontrollpolitiken

Der folgende Text ist der Zwischenstand einer Diskussion, die wir seit Ende 2015 unter uns und mit einigen Freundinnen und Freunden geführt haben. Ausgangspunkt war dabei zum einen der Versuch, die Tag für Tag erfahrbare Widersprüchlichkeit staatlichen Handelns einigermaßen auf den Begriff zu bekommen. Zum anderen leitete uns ein deutliches Unbehagen angesichts einer Willkommensszenerie, die einerseits mit bewundernswertem Engagement praktische Flüchtlingsunterstützung organisierte, sich andererseits aber - teilweise sehr bewusst - politisch abstinent verhalten hat. Zu diesem Unbehagen gehört, dass in unserer Wahrnehmung auch die politische Linke - uns eingeschlossen - einigermaßen sprachlos gewesen ist, zumindest aber den politischen Herausforderungen nicht im Ansatz gewachsen schien.

Wir haben die Diskussion sehr stark aus einer Hamburger Perspektive geführt, nicht zuletzt deswegen, weil hier die Auseinandersetzung mit politisch sehr wirksamen „Not-in-my-backyard“-Initiativen große stadtpolitische Bedeutung gehabt hat. Eine weitere, sehr viel bedeutsamere Einschränkung des Papiers besteht darin, dass die Perspektive der Geflüchteten selbst weitgehend außerhalb der Betrachtung bleiben. Das hat aus unserer Sicht auch damit zu tun, dass sich widerständige Bewegungs- und Organisierungsversuche tendenziell eher untergründig, in sich widersprüchlich und vielfach sehr partiell und isoliert abspielen, was durch das oft schnell vergebene Etikett der „Autonomie der Migration“ mehr überdeckt als erklärt würde. Dies systematisch in den Blick zu nehmen, würde eine politische Untersuchungsarbeit und Interventionspraxis notwendig machen, die uns überfordert.

1. Der (kurze) Sommer der Migration

Die Fluchtbewegungen der Jahre 2014 und 2015, insbesondere der (kurze) „Sommer der Migration“ 2015, haben das europäische Flüchtlingsregime zusammenbrechen lassen. Insofern sind mit der vielzitierten „Flüchtlingskrise“ selbstredend nicht die Tausende individueller und existenziell krisenhafter Lebens- und Fluchtgeschichten der Flüchtlinge gemeint. Sehr wohl aber kann man die These vertreten, dass dieser Begriff die Selbstwahrnehmung von Politik und Verwaltungen in der EU und in Deutschland ganz gut beschreibt. Aus der Perspektive staatlicher Politik sind die letzten beiden Jahren tatsächlich als Krise der europäischen Institutionen und als Krise der Verwaltungen interpretiert worden. Dabei hat die Krise des europäischen Grenzregimes vor allem drei Dimensionen:

a) Das Ende des Dublin-Systems

„Dublin“ als Versuch einer abgestimmten europäischen Asylpolitik ist vor allem ein deutsches Projekt gewesen. Nachdem mit dem Asylkompromiss von 1993 das grundgesetzlich garantierte Individualrecht auf (politisches) Asyl massiv eingeschränkt worden war und gleichzeitig der Begriff der „sicheren Herkunftsstaaten“ im Asylverfahrensrecht etabliert wurde, zielten die verschiedenen Dublin-Verordnungen seit Mitte der 1990er Jahre auf zweierlei: zum einen ging es um die Sicherung staatlicher Kontrolle der Fluchtbewegungen, und zum andren sollte diese Kontrolle im Sinne einer Vorfeldverschiebung der deutschen Außengrenzen an die europäischen Außengrenzen verlagert werden. Beides ist mit den Fluchtbewegungen der letzten zwei Jahre gescheitert. Dabei sind die inhärenten Konstruktionsfehler des Dublin-Systems bereits sehr früh offensichtlich gewesen und spätestens im EuGH-Urteil zu Griechenland auch höchstrichterlich bestätigt worden: Jenseits der Proklamation eines Asylrechts in der EU-Grundrechtecharta hat es nie ein vereinheitlichtes europäisches Asyl- und Asylverfahrensrecht gegeben, genauso wenig wie ein vereinheitlichtes Sozialrecht für Flüchtlinge innerhalb der EU.

b) Re-Nationalisierung und die Krise des europäischen Projekts

Auch die prompte und zunehmende Re-Nationalisierung in Europa wird von Staat und Politik in Deutschland/„Kerneuropa“ als Krise und Gefährdung der EU interpretiert. Der freie Schengen-Raum, die offenen Binnengrenzen, der ungehinderte Waren- und Personenverkehr innerhalb Europas waren und sind für den zentralen Inhalt des „Projekts Europa“, nämlich den erweiterten europäischen Binnenmarkt, von enormer ideologischer und materieller Bedeutung. Rigorose Grenzkontrollen innerhalb der EU wären da ein erhebliches Problem. Entsprechend wird auch der europaweit organisierte Rechtspopulismus durchaus als Problem wahrgenommen. Das gilt im Kern auch für den Rechtspopulismus in Deutschland. Eine wesentliche Funktion des Parteienspektrums in Nachkriegsdeutschland ist ja auch gewesen, nationalkonservative und völkische Tendenzen einzubinden, damit

diese sich nicht organisatorisch verselbstständigen. Dies scheint jetzt zum ersten Mal deutlich gefährdet. Dabei sind die aktuellen Flüchtlingsbewegungen keineswegs die Ursache für Nationalismus, Rassismus und Rechtspopulismus. Bereits in den letzten zehn Jahren ist der organisierte Rechtspopulismus und Nationalismus in nahezu allen europäischen Staaten zu einem bedeutenden politischen Faktor, teilweise sogar mit Regierungsbeteiligung, geworden.

c) Verwaltungsversagen

Aber auch in ihrem administrativen Kerngeschäft, dem „ordentlichen Verwaltungshandeln", haben die europäischen Staaten das Jahr 2015 als Krise erlebt. Gerade für deutsche Verwaltungen, von Bundes- und Landesbehörden bis zu den Kommunalverwaltungen, war das Jahr 2015 geradezu traumatisch. Folgende Beispiele mögen das illustrieren:

Insbesondere in den Großstädten München, Berlin und Hamburg konnten sich im letzten Jahr Hunderte und gar Tausende Flüchtlinge wochenlang aufhalten und bewegen, ohne dass es den staatlichen Stellen möglich gewesen wäre, sie zu erfassen und zu registrieren und damit ihre Bewegungen zu kontrollieren. Ein auch nur annähernd geordnetes Asylverfahren war somit genauso wenig möglich wie geordnete und zielgerichtete Abschiebungen.

Zum zweiten waren in der gesamten Republik staatliche Stellen nicht in der Lage, die geflüchteten Menschen schnell und vernünftig unterzubringen. Die Mindeststandards in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung sind im letzten Jahr flächendekkend und systematisch unterlaufen und durch eine Vielzahl von substandardisierten Notsystemen (Baumärkten, Sporthallen, Zelten) ersetzt worden. Die Konsequenzen für die Betroffen waren (und sind teilweise immer noch) dramatisch: völlig überfüllte Lager, chronische Unterversorgung insbesondere vulnerabler Gruppen, etwa alleinfliehende Frauen mit und ohne Kinder, traumatisierte, psychisch und körperlich beeinträchtigte Flüchtlinge, (allein reisende) Kinder und Jugendliche. In Hamburg etwa haben sich im Oktober 2015 sämtliche Leitungspersonen des städtischen Unterbringungsträgers an die Öffentlichkeit gewandt und in eindringlichen Worten darauf hingewiesen, dass sie weder in der Lage sind, den staatlichen Versorgungsauftrag sicherzustellen noch ihren eigenen fachlichen Ansprüchen gemäß zu arbeiten.

Selbst wenn man bereit ist zuzugestehen, dass die Situation im letzten Jahr die allermeisten Verwaltungen unvorbereitet getroffen hat und sie somit mit objektiven Kapazitäts- und Personalengpässen umgehen mussten(5), so ist das unterm Strich vermutlich nur knapp die halbe Wahrheit. Zum einen sind in den letzten 20, 30 Jahren sehr bewusst politische Rahmenbedingungen gesetzt worden sind, die insbesondere im sozialpolitischen Bereich staatliches Handeln nur noch als „just-in-time"-Reaktion zulassen. Unter dem ideologischen Label vom „Rückzug des Staates" und unter der materiellen Keule der Haushaltskonsolidierung sind seit Jahren in allen Bereichen der Sozialpolitik Personal- und Sachressourcen zurückgefahren worden. Das gilt namentlich auch für den Abbau von Unterbringungskapazitäten seit Ende der 1990er Jahre. Zum anderen ist es den verschiedenen zuständigen (Landes-)Ministerien und Behörden in keiner Weise gelungen, abgestimmt, koordiniert und strategisch zu agieren. Ministerien und Verwaltungen sind keine homogenen Instanzen. Neben der traditionell starken Versäulung bundesdeutscher Verwaltungen, die querschnittsorientiertes Denken und Handeln grundsätzlich erschweren, bestehen Konkurrenzen und Animositäten etwa zwischen Innen- und Sozialministerien, aber auch unter den unterschiedlichen Ämtern innerhalb ein und derselben Behörde. Diese Kommunikations- und Planungsdefizite haben teilweise zu erheblichen Reibungsverlusten geführt.

2. Das Imperium schlägt zurück

Vor diesem Hintergrund einer Krise der europäischen Flüchtlingspolitik ist das aktuelle politische und staatliche Agieren in Deutschland in allererster Linie daran ausgerichtet, eigene Handlungsfähigkeit im Sinne von Kontrolle über die Flüchtlingsbewegungen zurückzugewinnen bzw. eine solche Kontrolle und Handlungsfähigkeit zumindest nach außen zu demonstrieren/zu symbolisieren. Vorrangiges Ziel ist es, die Flüchtlingsbewegungen nach Deutschland und in Deutschland zu kontrollieren und nach Möglichkeit zu begrenzen. Dabei scheinen folgende Prämissen zu gelten:

a) Die EU soll nicht gefährdet werden

b) eine Verfassungsänderung wie 1993 soll – zumindest noch – vermieden werden, und

c) das Primat der Haushaltskonsolidierung und der „schwarzen Null" soll unter allen Umständen aufrechterhalten werden.

Die europa- und außenpolitische Dimension dieses Bemühens zielt darauf, die Kontrolle über die europäischen Außengrenzen und über die Flüchtlingsbewegung zurükkzuerlangen. Nachdem der maßgeblich von Deutschland betriebene Versuch eines innereuropäischen Verteilungs- und Quotensystems am Widerstand Großbritanniens und der osteuropäischen Staaten gescheitert war, konzentrieren sich die Bemühungen der Bundesregierung und der EU-Kommission nun darauf, Flüchtlingsbewegungen außerhalb der EU einzudämmen und die Zuwanderung nach Europa zu begrenzen, ohne an den deutschen und innereuropäischen Grenzen selbst Zäune zu bauen. Der so genannte EU–Türkei–Deal ist dafür das deutlichste Beispiel, aber Deutschland und die EU verhandeln auch mit den Regierungen in Eritrea und dem Sudan über Rücknahmeabkommen und die Sicherung der dortigen Grenzen. Mit einzelnen Machtgruppen in Libyen wird über die Erlaubnis verhandelt, die libysche Küste militärisch kontrollieren zu dürfen, mit den Regierungen in Ägypten und Marokko wird über den Auf- und Ausbau von Auffanglagern verhandelt, und neben der Türkei sollen auch Marokko, Algerien und Tunesien den Status sicherer Herkunftsstaaten erhalten.

Dabei wird immer stärker eine pauschal länderbezogene Betrachtungsweise zum Kern flüchtlingspolitischer Regulationsmechanismen: Sichere oder eben nicht sichere Herkunftsstaaten, an die Herkunftsstaaten gebundene sichere oder unsichere Bleibeperspektive etc. Unterhalb einer unmittelbaren Verfassungsänderung wird so das grundgesetzlich geschützte Institut des Asylrechts als Individualrecht bis zur Unkenntlichkeit ausgehöhlt: Asylanträge werden genauso wenig „einer sorgfältigen Einzelfallprüfung" unterzogen wie die Entscheidung über den aufenthaltsrechtlichen Status und die damit verbundenen sozialrechtlichen Folgen.

Neben der Aushöhlung des Asylrechts fokussiert sich das staatliche Handeln innenpolitisch darauf, Flüchtlinge schneller und systematischer zu erfassen, zu sortieren und die Asylverfahren zu beschleunigen. Trotz der und parallel zur „Bewegung der Willkommenskultur" - der größten zivilgesellschaftlichen Unterstützungsbewegung seit vielen Jahren - sind seit dem Sommer/Herbst 2015 mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz, den Asylpaketen I und II sowie der geplanten Aufnahme von Marokko, Tunesien und Algerien in die Liste der sicheren Herkunftsstaaten die rigidesten Asylrechtsverschärfungen seit 1993 geplant und implementiert worden – und zwar (im Unterschied zum Asylkompromiss 1993) weitgehend ohne politische Gegenwehr. Inwieweit diese Änderungen den deutschen und internationalen Rechtsnormen auch nur dem Anschein nach noch entsprechen, scheint den bestimmenden politischen Kräften gerade ziemlich gleichgültig zu sein.

Jenseits aller strategischen Überlegungen in

Berlin oder Brüssel ist die Reorganisation des Migrationsregimes natürlich ein umkämpfter Prozess. Das bezieht sich zum einen auf die Widersprüche und Interessengegensätze innerhalb der Apparate und herrschenden Klassen. Zum anderen aber ist es immer die Frage, wie und welche sozialen Bewegungen sich entwickeln, an denen sich die herrschenden Pläne brechen könnten. Mal abgesehen davon, dass sich Flüchtlingsbewegungen niemals völlig steuern und kanalisieren lassen, zeigen die aktuellen Entwicklungen in der Türkei, wie fragil manche Herrschaftsprojekte sein können. Der EU-Türkei-Deal als zentrales Element der Flüchtlingskontrolle und der Eindämmung der so genannten Balkan-Route scheint urplötzlich durchaus gefährdet.

3. Integration in Zeiten der „Flüchtlingskrise“

Trotz aller Härte im Asylverfahrensrecht und trotz aller populistischen und martialischen Rhetorik: Staat und Politik wissen, dass sich eine erhebliche Zahl von Flüchtlingen dauerhaft in Deutschland aufhalten wird. Allein wenn man die momentane durchschnittliche Anerkennungsquote zugrunde legt, werden von den 2014 und 2015 nach Deutschland gekommenen Flüchtlingen zwischen 40 und 50 Prozent dauerhaft hier bleiben. In der Konsequenz wird es ganz objektiv darum gehen, eine deutlich größere Migrationsbevölkerung in den Arbeits- und Wohnungsmarkt zu integrieren, Kinder in Schulen und Kitas unterzubringen, Sprachkurse anzubieten, Verwaltungen und Regelsysteme interkulturell aufzustellen etc. etc. Alles das, was gemeinhin „Integration“ genannt wird. Dabei ist „Integration“ sowohl von seinem diskursiven wie von seinem materiellen Gehalt her ein äußerst schillernder Begriff.

3.1. Repressive Integration

Spätestens seit der Silvesternacht erleben wir auf der Diskursebene zum einen eine starke Betonung von „Integration“, gleichzeitig aber einen extrem repressiven Baklash in der Aufladung dieses Begriffs. Während in den 1980er und 1990er Jahren „Integration“ und „Integrationspolitik“ die emanzipatorische Antwort auf die Staatsdoktrin von „Gästen“, „Leitkultur“, „Anpassung“, „Assimilation“ und „Toleranz“ war, so verschwindet in der jetzigen Debatte jede Idee von gleichen sozialen, kulturellen und letztlich politischen Rechten und Teilhabemöglichkeiten am gesellschaftlichen Leben bei gleichzeitiger Achtung und Respektierung von Verschiedenheit. Statt auf Rechtsdurchsetzung, Migrant/-innen-selbstorganisation und Antidiskriminierung bzw. Beseitigung der strukturellen Benachteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, im Bildungssystem und allen Bereichen des alltäglichen Lebens orientiert „Integration“ im Moment auf die verbindliche Anerkennung einer imaginierten und gleichzeitig beschworenen „Wertegemeinschaft“, auf eine Integrationspflicht und auf unverhohlene Drohungen gegenüber „Integrationsverweigerern“. Gleichzeitig erscheint ein wie auch immer definiertes „Integrationsversagen“ auch nicht als Versagen und Fehlfunktion der Systeme Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt, Schule etc. oder als Ergebnis falsch konzipierter und zu schlecht ausgestatteter Maßnahmen und Unterstützungsangebote, sondern als individuelles Versagen, gerne auch als schuldhaftes Versagen des/der Migrant/-in.

Diese Parallelität zur ideologischen Offensive der Agenda 2010 ist weder zufällig noch gänzlich neu. Und wie die Agenda 2010 ihren sinnfälligsten materiellen Ausdruck im SGB II gefunden hat, so findet der autoritäre sozialstaatliche Backlash gegen Flüchtlinge und Migrant/-innen seinen materiellen Ausdruck im neuen Integrationsgesetz. Noch stärker als Erwerbslose im SGB II werden hier Flüchtlinge zu Feinden erklärt, denen man mit einer umfassenden Drohkulisse begegnen muss. Staatliche „Integrationsangebote“ wie Sprach- und Integrationskurse oder die neuen massenhaft konzipierten 80-Cent-Jobs für Flüchtlinge sind prinzipiell Pflichtveranstaltungen. Sie können verordnet werden, und die Nicht-Teilnahme oder der Abbruch ist grundsätzlich sanktionsbewehrt. Dabei stehen nicht nur drakonische (und verfassungswidrige) Leistungskürzungen beim AsylbLG als Sanktionsinstrumente zur Verfügung, „Integrationsverweigerung“ kann auch direkte aufenthaltsrechtliche Konsequenzen haben. Ähnlich wie das SGB II, allerdings verschärft um die aufenthaltsrechtliche Komponente, führt das Arsenal von Daumenschrauben und Drohkonstellationen, die das Integrationsgesetz bereit hält, zu einer grundsätzlichen Verunsicherung der materiellen Existenz und Reproduktionsbedingungen von Menschen. Das Integrationsgesetz unterwirft die materielle Existenz von Flüchtlingen einer grundsätzlichen und dauerhaften Prekarität.

Und dennoch spricht einiges dafür, dass das Integrationsgesetz in erheblichem Maße auch einer Logik des kurzfristigen politischen Opportunismus entspricht. Das Gesetz ist ein Kotau vor dem Rechtspopulismus bzw. der tatsächlichen oder vermeintlichen Stimmung „der Straße“. Gerade im Zuge der Diskussion um den Fachkräftemangel hatten und haben die „modernen“, kosmopolitischen bzw. weltmarktorientierten Teile der politischen Klasse das populistische Feindbild „Flüchtling“ längst aufgegeben. Die alten ideologischen Dichotomien „Migrant - Flüchtling“ oder „politischer Flüchtling – Wirtschaftsflüchtling“ waren und sind im Prinzip längst einer wirtschaftsutilitaristischen Unterscheidungslogik gewichen: nützlich oder nicht nützlich, (potenzielle) Fachkraft oder Armutszuwanderer. Die Verwertbarkeit am Arbeitsmarkt und nicht der Status Flüchtling oder Migrant ist hier das entscheidende Kriterium. Von daher wird sich noch zeigen müssen, in welchem Maße der autoritäre Sozialstaat „nur“ symbolisch die Zähne fletscht oder auch tatsächlich zubeißt.

3.2. Integrationssymbolik ohne Substanz

Natürlich verspricht das Integrationsgesetz auch Integrationsangebote. Ebenso werden auf der Ebene der Länder und Kommunen eine Vielzahl von Integrationsprogrammen aufgelegt und Integrationsprojekte gefördert. Nach der Phase hektischer Aktivitäten rund um die Flüchtlingsaufnahme verlagert sich der Fokus in Bezug auf Integration vor allem auf die so genannten sozialstaatlichen Regelsysteme. Das ist vom Grundsatz her ein richtiger Ansatz: Ganz in Analogie zum Inklusionsbegriff kann es tatsächlich nicht darum gehen, Spezialkitas, Spezialschulen, Spezialwohnungen, Spezialarbeitsplätze etc. für Flüchtlinge zu schaffen. Genau wie Inklusion bedeutet auch Integration, dass im Kern die gesellschaftlichen Regelsysteme sowohl konzeptionell wie auch ressourcenmäßig so aufgestellt sein müssen, dass sie von allen Menschen in all ihrer Verschiedenheit genutzt werden können. Das beinhaltet auch die notwendige Flexibilität, um mit Verschiedenheit umgehen und auf unterschiedliche Bedarfe mit spezifischen Unterstützungsangeboten reagieren zu können.

Selbstverständlich bedeutet „Integration“ immer die Integration in die real existierende Klassengesellschaft, in – zunehmend prekäre – Lohnarbeit und in - zunehmend prekäre – soziale Sicherungssysteme. Selbst gelungene „Integration“ kann unter diesen Bedingungen für die allermeisten Flüchtlinge und Migrant/-innen nur volle Gleichberechtigung in der Ausbeutung bedeuten. Schaut man sich aber an, was derzeit unter Integrationsmaßnahmen firmiert, dann drängt sich der massive Verdacht auf, dass es selbst um diese Gleichberechtigung nicht wirklich geht. Vielmehr geht es eher um einen symbolischen Aktionismus, dessen Scheitern bereits im Ansatz angelegt ist. Im

Wesentlichen orientiert sich die offizielle Integrationsdoktrin auf die Zugänge in (Lohn-)Arbeit, in den Wohnungsmarkt sowie in das Bildungssystem. Damit sind in erster Linie strukturelle Systeme angesprochen, die entsprechend strukturelle staatliche Eingriffe notwendig machen würden. Diese sind jedoch bereits in der Vergangenheit eher verweigert worden

a) Arbeitsmarkt

Bereits jetzt ist für ca. 2,8 Mio. offizielle Erwerbslose im Jahresdurchschnitt 2016, für mindestens nochmal so viele Menschen, die die diversen Maßnahmen der Jobcenter und der Agenturen für Arbeit durchlaufen und für die Beschäftigten im so genannten Niedriglohnsektor der Zugang zu einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis mit einigermaßen existenzsichernden Löhnen und Gehältern nicht gegeben. Da die Unternehmen nicht in der Lage und willens sind, ausreichend existenzsichernde Arbeitsplätze zu schaffen, wäre also das mindeste, an das man unter Integrationsgesichtspunkten denken müsste, ein umfangreiches öffentlich finanziertes Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm auf der Basis sozialversicherungspflichtiger und regulär entlohnter Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse, das für alle Arbeitsuchenden unabhängig von ihrem Status zugänglich wäre. Offenkundig steht ein solches Programm nirgends auf der politischen Agenda. Stattdessen konzentrieren sich die verschiedenen arbeitsmarktpolitischen Integrationsmaßnahmen im Wesentlichen auf Arbeitsgelegenheiten (80 Cent Jobs) für Flüchtlinge sowie auf Sprachkurse und Maßnahmen zur effizienteren und schnelleren Kompetenz- und Qualifikationsfeststellung.
So richtig die Ausweitung und Öffnung von Sprach- und Integrationskursangebote an sich ist, so unterbezahlt sind die Lehrerinnen und Lehrer, so ungenügend sind nach wie vor die Stundenkontingente für Flüchtlinge, so sehr fehlen Kinderbetreuungsangebote während der Kurse und so sehr fehlen sowohl Alphabetisierungskurse wie auch Kurse für höhere Sprachniveaus. Die neu geplanten flächendeckenden Kombinationen von Integrationskursen und Arbeitsvorbereitungsmaßnahmen(10) sind nicht nur in das Sanktionsinstrumentarium von SGB II und Integrationsgesetz eingebunden, sie sind angesichts fehlender Qualitätskontrollen auch ein Geschäft für die Massen- und Billigproduzenten unter den Bildungsträgern. Zudem zwingen sie Menschen, die gerade hier angekommen sind, die sich orientieren müssen, die Traumatisierungen zu verarbeiten haben etc. in Full-Time-Maßnahmen, in denen nur sehr leistungsfähige und leistungsstarke Flüchtlinge bestehen werden.
Sicherlich werden über den ESF und andere Förderprogramme immer wieder einzelne sinnvolle Projekte entstehen, aber im Kern ist allen Maßnahmen eines gemein: die strukturell notwendigen Anschlussperspektiven im Rahmen von betrieblicher und überbetrieblicher Ausbildung und im Rahmen von echten Arbeitsplätzen werden nicht geschaffen. So dienen all diese Maßnahmen letztlich eher als Filter und Sortierinstrument.

b) Wohnungsmarkt

Flüchtlinge werden zunächst öffentlich-rechtlich untergebracht. Aber selbst, wenn eine Wohnberechtigung vorhanden ist, kann angesichts der Situation auf dem Wohnungsmarkt die öffentlich-rechtliche Unterbringung u. U. Jahre andauern. Entsprechend wichtig sind zumindest wohnungsähnliche Standards in der Unterbringung, Berücksichtigung der Unterbringungs- und Betreuungsbedarfe vulnerabler Gruppen, Unterkunftskonzepte, die Räume für soziales Leben beinhalten, ausreichendes sowie sprach- und interkulturell kompetentes Personal bei den Unterbringungsbetreibern, sozial- und verfahrensrechtliche Beratungsangebote etc. Die Standards in der öffentlich-rechtlichen Unterbringung haben diesen Anforderungen schon vor dem Sommer 2015 nur selten entsprochen, inzwischen wird die Einhaltung von Mindeststandards systematisch ignoriert.
Letztlich bedeutet Integration jedoch, dass Flüchtlinge irgendwann auch tatsächlich in einer eigenen (Miet-)Wohnung wohnen können. Doch auch ohne Zuwanderung besteht insbesondere in Metropolen wie Hamburg eine Wohnungsnot bei einkommensschwachen und benachteiligten Gruppen. Diese Wohnungsnot ist Ergebnis einer systematischen Verringerung des sozialen Wohnungsbaus und erhöht in der aktuellen Zuwanderungssituation die Konkurrenz unter den unterschiedlichen Betroffenengruppen. Nicht nur, aber auch unter Integrationsaspekten besteht somit eine der zentralen Handlungsanforderungen in deutlich intensiveren Anstrengungen für eine soziale Wohnungspolitik. Zum einen geht es darum, den sozialen Wohnungsbau massiv auszuweiten bzw. überhaupt wieder in den öffentlich geförderten Sozialwohnungsbau einzusteigen. Zum anderen ist es gerade für vordringlich Wohnungssuchende und für die besonders benachteiligten Gruppen am Wohnungsmarkt von zentraler Bedeutung, dass die Zugänge zum bereits existierenden Wohnungsbestand verbessert werden: durch entsprechende Belegungsregelungen bei städtischen Wohnungsunternehmen, durch Auflagen bzw. vertragliche Bindungen an die Wohnungswirtschaft, durch die Aufhebung von Freistellungsgebieten oder auch durch gezieltes Vorgehen gegen Praktiken einer diskriminierenden Wohnungsvergabe.

c) Bildung

Vieles von dem, was über den Arbeits- und den Wohnungsmarkt gesagt wurde, gilt auch für das Bildungssystem als dritte, oft beschworene Integrationsinstanz. Die systematische Benachteiligung von Kindern aus sozial benachteiligten und migrantischen Familien im bundesdeutschen Schulsystem ist seit langem bekannt, weshalb das dreigliedrige Schulsystem als solches ein Integrationshemmnis erster Ordnung darstellt. In der jetzigen Situation ist es darüber hinaus jedoch geradezu fahrlässig, wenn der Personalbestand in den Schulen nicht oder nur ungenügend aufgestockt wird und wenn nicht ganz gezielt und systematisch die spezifischen pädagogischen Kompetenzen im Umgang mit Flüchtlingsschüler/-innen im Lehrkörper genauso aufgebaut werden wie interkulturelle und Sprachkompetenz. Auch im Bereich von Kitas und vorschulischer Bildung ist der vorhandene Personalschlüssel schon jetzt völlig unzureichend. Aber auch hier geht es nicht nur um mehr Erzieher/-innen in den Kitas. Vielmehr brauchen Erzieherinnen und Erzieher neue und andere Qualifikationen wie etwa Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenzen. Wie im System Schule auch müssen Fort- und Weiterbildungen finanziert werden, müssen Honorare für Dolmetscher/-innen eingestellt werden oder muss die Zeit für gemeinwesenorientierte Netzwerk- und Elternarbeit berücksichtigt und bezahlt werden.

d) Soziale Hilfesysteme

Für viele derjenigen, die als Flüchtlinge zugewandert sind, werden die sozialen Hilfesysteme von der Migrationsberatung und der Schuldnerberatung über die offene Kinder- und Jugendarbeit, die Behindertenhilfe und die Pflege bis zu Beratungsstellen der Wohnungslosen- und Suchtkrankenhilfe und der Frauensozialarbeit die ersten und wesentlichen Anlaufstellen sein. Sie werden dabei auch eine zentrale Lotsenfunktion im Integrationsprozess übernehmen. Dies gilt insbesondere für die landes- wie bundesfinanzierten Migrationsdienste und Migrationsberatungseinrichtungen. Gleichzeitig jedoch sind all diese Dienste angesichts des Spardrucks der letzten Jahre bereits heute am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angekommen. Den neuen und zusätzlichen Aufgaben ist das gesamte Hilfesystem nur gewachsen, wenn a) die Einrichtungen im Bereich der

Personal- und Sachkosten strukturell und langfristig auskömmlich refinanziert sind, wenn sie b) bei der Übertragung neuer Aufgaben bzw. bei der Berücksichtigung neuer Zielgruppen die notwendigen zusätzlichen Ressourcen erhalten – etwa für Organisationsentwicklungsprozesse, für Fort- und Weiterbildung von Personal, für die Implementierung interkultureller Öffnungsprozesse - und wenn c) die Einrichtungen und Träger auch die Freiheit und Flexibilität für konzeptionelle Innovationen, für gemeinwesenorientierte Ansätze, für experimentelle Projekte etc. eingeräumt bekommen.

4. Sortieren und Spalten

Ähnlich wie Inklusion ist auch Integration, die lediglich den eigenen Versprechen gerecht werden will, bereits ohne die momentane Zuwanderung nicht zum Nulltarif zu haben. In der jetzigen Situation jedoch kollidieren die aktuellen Integrationsanforderungen mit den (sozial-)politischen Richtungsentscheidungen der letzten Jahre, insbesondere kollidieren sie ganz offensichtlich mit dem Dogma von Haushaltskonsolidierung und Schuldenbremse. Es dominieren vor allem kurzfristige und symbolische Maßnahmen, die zudem ein eher technokratisches Verständnis von Integration offenbaren. Sie zielen auf diejenigen unter den Geflüchteten, die – im Jargon der Arbeitsverwaltung – eher „marktnah“ sind, also schnell und ohne großen Aufwand “integriert“ werden können. Maßnahmen, die auf eine Veränderung der strukturellen Rahmenbedingungen zielen und die Teilhabemöglichkeiten auch der nicht unmittelbar Verwertbaren verbessern, werden vermieden.
Die Auslese unter den Geflüchteten ist aber nur eine Konsequenz einer solchen Politik. Einerseits reagieren Staat und Politik auf unmittelbare Anforderungen, andererseits wird deutlich signalisiert, dass diese Maßnahmen und Ausgaben keinerlei allgemeine bzw. strukturelle Maßnahmen im Sozialbereich präjudizieren. Eine solche Botschaft kann nur so verstanden werden, dass einseitige Sonderprogramme für Flüchtlinge aufgelegt werden, während allen anderen benachteiligten Bevölkerungsgruppen weiter die Daumenschrauben angezogen werden. Im Bereich der öffentlichrechtlichen Unterbringung etwa werden in Hamburg derzeit Obdach- und Wohnungslose faktisch deutlich benachteiligt. Neu errichtete Unterkünfte werden vorrangig mit Flüchtlingen belegt. Obdachlose müssen im Winter die Notunterkünfte tagsüber verlassen, Flüchtlinge können in den Unterkünften bleiben. Rund um die Unterkünfte werden Beratungs- und Unterstützungsprojekte finanziert, während die Beratungsstellen für Obdach- und Wohnungslose fiskalisch geknebelt bleiben. Wenn zudem Regionalverwaltungen des städtischen Wohnungsunternehmens SAGA/GWG Wohnungssuchenden mitteilen, die Wohnung müsse leider für Flüchtlinge freigehalten werden, so ist das zum einen wahrheits- und rechtswidrig und hat zum anderen desaströse Auswirkungen. Umgekehrt bleibt Flüchtlingen nach wie vor das Recht auf Wohnen zunächst verwehrt. Sie werden zunächst in den Erstaufnahme- und dann den Folgeeinrichtungen öffentlich-rechtlich untergebracht. Inzwischen bildet sich im Gesamtsystem der öffentlich-rechtlichen Unterbringung ein Mehr-Klassen-System unterschiedlicher Unterbringungsformen und -standards heraus, in der wohnungslose Menschen und Flüchtlinge je nach (aufenthaltsrechtlichem und sozialem) Status sortiert werden.
Was im Unterbringungsbereich bereits Realität ist, deutet sich auch auf dem Arbeitsmarkt an. In der neuen Förderperiode des ESF reserviert Hamburg 5,5 Mio. Euro ausschließlich für neue Projekte im Flüchtlingsbereich, gleichzeitig signalisieren Kammern und Unternehmerverbände öffentlich, dass sie lieber Flüchtlinge einstellen als Langzeiterwerbslose. Dabei bedeuten solche Projekte und Maßnahmen natürlich noch lange nicht, dass Flüchtlinge tatsächlich in Existenz sichernde Jobs vermittelt werden. Neben der Spaltung zwischen (Langzeit-)Erwerbslosen und Flüchtlingen einerseits werden hier vor allem die Spaltungslinien entlang unterschiedlicher Aufenthaltstitel relevant: Flüchtlinge mit „guter Bleibeperspektive“ aus den „Lucky-five-Staaten“ (Syrien, Irak, Iran, Eritrea, Somalia) werden auch institutionell eher gefördert als andere Statusgruppen. Für diese Gruppen ist inzwischen die Vorrangprüfung abgeschafft worden und stehen besondere Sprachkursangebote zur Verfügung.

Selbst wenn – zumindest nach der Phase des Arbeitsverbots – der Aufenthaltstitel nicht mehr über den prinzipiellen Zugang zum Arbeitsmarkt entscheidet, so sind Flüchtlinge durch die grundsätzliche Prekarität und Widerrufbarkeit ihres Aufenthaltsstatus in deutlich größerem Umfang erpressbar. Gerade die Knüpfung des Aufenthaltstitels an die „eigenständige Erwerbssicherung“ zwingt sie dazu, jede Arbeit anzunehmen und macht Organisierung schwieriger. Es ist von daher auch nicht verwunderlich, dass ein zentrales Element der unternehmerischen „Willkommenskultur“ die Forderung nach Abschaffung des Mindestlohns bei der Arbeitsintegration von Flüchtlingen ist.

5. Und jetzt? Linke Perspektiven

Wenn es nicht gelingt, das Primat des ausgeglichenen Haushalts zu brechen, bedeutet das geradezu zwangsläufig in den kommenden Jahren eine massive Konkurrenz unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen um knapp gehaltene Ressourcen. Diese Konkurrenzkämpfe werden zumindest potenziell stärker rassistisch konnotiert, und sie werden sich nicht zuletzt auch als eine Konkurrenz um Sozialleistungsansprüche ausdrücken. Denn trotz allem Gerede über die Chancen für die deutschen Arbeitsmärkte wird man von einem deutlichen Anstieg der Armutsbevölkerung in Deutschland ausgehen müssen und damit auch von deutlich steigenden Anstrengungen zur „Ausgabenbegrenzung“ bei den Sozialsystemen. Ein erstes Indiz dafür, dass auch die direkten Sozialleistungen in den Fokus der Politik geraten, sind die aktuellen Pläne des Bundesarbeitsministeriums, den Zugang für EU-Bürger/-innen zu SGB II – und SGB XII-Leistungen drastisch einzuschränken.
Faktisch haben der Sommer der Migration und die nach Deutschland Geflüchteten die Verteilungsfrage auf die tagespolitische Agenda gesetzt. Während die Politik darauf mit „Teile und herrsche“ reagiert, bleibt eine linke Antwort darauf noch aus. Aus unserer Sicht würde das zunächst einmal bedeuten, dass den Konkurrenzmechanismen und Spaltungslinien Forderungen entgegen gestellt werden, die Zugänge zu Wohnraum, Arbeit, Einkommen Bildung etc. für alle in den Mittelpunkt stellen. Dies ist beileibe keine neue Idee, aber angesichts der momentanen gesellschaftlichen Entwicklung scheint sie aktueller denn je. Vielleicht erfordert das auch ein gewisses Umdenken in der linken Flüchtlingsunterstützung. Diese versteht sich nach unserem Eindruck nach wie vor in erster Linie als Solidaritätsarbeit und bezieht sich eher weniger aus eigenen Kämpfen heraus auf die Geflüchteten. Zugegeben: Wir sind in nahezu allen gesellschaftspolitischen Feldern davon meilenweit entfernt, aber Solidarität und Unterstützung von Flüchtlingen und ihren Kämpfen aus einer Verortung unserer eigenen Kämpfe um eine menschenwürdige Existenz hätte vielleicht die Chance, die relative Sprachlosigkeit und Handlungsohnmacht der Linken zu überwinden. So marginal, fragil und kurzlebig auch immer: Es gibt den Protest von Flüchtlingen etwa gegen beschissene Unterbringungsbedingungen. Und es gibt in diesen Protesten natürlich auch Organisierung. Und ebenso natürlich ist es richtig, diese Kämpfe zu unterstützen, aber es wäre ein großer Schritt nach vorne, wenn diese Unterstützung z.B. von Mieterinitiativen oder dem Aktions-

bündnis gegen Wohnungsnot (mit-)getragen werden würde.
Wir wollen die Messlatte nicht allzu sehr höher hängen, als wir selber springen können: Natürlich wird es nicht gelingen, auf einen Schlag mit der richtigen Strategie und Taktik den herrschenden Politiktrend zu kippen. Aber wir plädieren schon für einen anderen Blick, eine andere Perspektive in der Flüchtlingsunterstützung. Und zu dieser anderen Perspektive gehört auch, das Augenmerk auf die Ansätze und Erfahrungen zu richten, in denen versucht wurde, der Segmentierung und Spaltung entgegen zu wirken. In Hamburg ist die Positionierung von Recht auf Stadt in der Auseinandersetzung um Wohnungsbau, Flüchtlingsunterbringung und Volksinitiativen dafür ein Beispiel, und auch die Parade zum Springer-Gebäude zum Thema Wohnen und Unterbringung hat dazu Ansätze gezeigt. In Niedersachsen skandalisieren Erwerbslosengruppen, NGG und Landwirte in lokalen Kampagnen die Arbeitsbedingungen von südosteuropäischen Arbeiter/-innen in den Schlachthöfen im Oldenburger Land. Immerhin hat der Konflikt zu einer relativ kontinuierlichen Zusammenarbeit zwischen osteuropäischen Migrant/innen, der lokalen NGG als zuständiger Einzelgewerkschaft und lokalen Sozialinitiativen zur Verteidigung der Arbeitsrechte aller Beschäftigten geführt. Ähnliches gilt für den Kampf um bessere Arbeitsbedingungen für Werkvertragsarbeiter/-innen auf einer Papenburger Werft, ein Konflikt, in dem sich die Forderung nach Schutz vor Ausbeutung (als Menschenrecht) und gewerkschaftliche Argumentationen verbunden haben.

Ähnliche Initiativen fanden sich im Bereich der Werkvertragsbeschäftigung in den letzten Jahren auch in anderen Städten und Regionen. Beispiele wie dieses deuten eine Perspektive an, die unseres Erachtens insbesondere für die Verbindung zwischen gewerkschaftlicher und politischer Perspektive in Migrations-Konflikten wichtig wäre. Die traditionellen Formen (gewerkschaftlicher) Arbeitspolitik reichen nicht mehr aus: Denn migrantische Arbeit war und ist - zumindest in der ersten Generation - mit einer umfassend prekären Lebenssituation verknüpft. Entsprechend geht es in diesen Auseinandersetzungen und in der solidarischen Bezugnahme darauf auch nicht nur um die Forderung nach guter Arbeit. Genauso geht es um nicht-prekäre Wohn- und Lebensbedingungen sowie, last but not least, um eine Stabilisierung und Entprekarisierung des aufenthaltsrechtlichen Status.

Gruppe Blauer Montag,
August 2016

Das Feuer in die Städte!

Einige Gedanken über die Feindschaft gegen die Profiteure der Unterdrückung September 2016 - Deutschland

In unseren gemeinsamen Kämpfen gegen die Herrschaft, gegen Ausbeutung und Unterdrückung ist es immer wieder vonnöten, die Feinde unserer Ideen von Freiheit und Selbstbestimmung klar zu bestimmen.
Wenn unsere Kämpfe soziale Kämpfe sein sollen, müssen wir das Terrain dieser Kämpfe einer permanenten, klaren und konsequenten Analyse unterziehen und versuchen, die sozialen Dynamiken unserer Kontexte zu verstehen. Es muss darum gehen, das soziale Gefüge der Gesellschaft auf Konfliktlinien und Verantwortlichkeiten zu untersuchen und über eine solche Analyse dahin zu gelangen, die Profiteure der Situation in den Fokus des sozialen Konflikts zu nehmen. Im Rahmen dieser Bemühungen ist es unabdingbar, sich von der linken, wahnwitzigen These zu verabschieden, dass es in diesen Verhältnissen keine Verantwortlichkeiten gäbe – Menschentreffen Entscheidungen, diese Entscheidungen führen zu Handlungen, und diese Handlungen haben direkten Einfluss auf das soziale Terrain. Die Metropole war schon immer ein Ort, an dem sich die sozialen Konfliktlinien klar abgezeichnet haben, weil hier zusammenkommt, was im Kapitalismus idealerweise keinen Wind voneinander bekommt – die Ausgebeuteten und Unterdrückten einerseits und die Reichen, die Privilegierten, die Profiteure der Ausbeutung andererseits.
Einst basierte die soziale Ordnung dieser Verhältnisse auf einer klar umrissenen, räumlichen Trennung von Besitzenden und Ausgeschlossenen – die Städte sind der Raum, in dem diese Trennung seit dem Beginn ihres ständigen Wachstums immer mehr aufweichte und waren deshalb regelmäßig Schauplatz der Eruptionen der Wut, die die Verwaltung dieser Trennung produziert. Die Macht hatte in diesem Sinne stets ein großes Interesse daran, das Leben in der Stadt möglichst umfassend in kontrollierbare und vorhersehbare Bahnen zu zwängen. Die Entwicklungen der Metropolen in den letzten Jahrzehnten haben sehr deutlich gemacht, dass die Herrschaft die Stadt als Experimentierfeld der Kontrolle und Verwaltung mit allen Mitteln nutzt und auf Veränderungen der kapitalistischen Maschinerie mit umfassenden Maßnahmen der Umstrukturierung mit beachtlicher Flexibilität reagiert. Mitstreiter_innen aus Zürich in der Schweiz haben diese Tendenzen in dem Text „Gegen die `Stadt der Reichen`"bereits sehr präzise formuliert – das „große Geld" wird in dieser Welt längst nicht mehr in den Einkaufszentren der Innenstädte gemacht, doch sind sie Orte der Vernetzung, neuralgische Punkte in der Wertschöpfung, Drehscheiben des Kapitals – und sollen damit zunehmend jenen vorbehalten sein, die von diesen Umständen profitieren. Luxusbauten, Bürokomplexe, teure Vergnügungs- und Konsumviertel bei gleichzeitigem Ausbau der Architektur der sozialen Kontrolle, Repression und Befriedung prägen unsere Lebensräume in diesen Tagen. In dieser dystopischen Vision lodern dennoch immer wieder, an vielen verschiedenen Orten dieser Welt sichtbare, wütende Zeichen gegen diese Hegemonie des Reichtums auf.

Die Konzentration von Reichtum und Besitz, das offensive Zurschaustellen der Privilegien der Gewinner dieser Gesellschaft ruft immer wieder diejenigen auf den Plan, dieausgeschlossen, zurückgelassen und mit ihrer Rolle nicht zufrieden sind. So umfassend die Befriedung und die soziale Integration durch die demokratische Inszenierung von Teilhabe auch scheint, die Spannung und Feindschaft gegen die Autorität und das, was sie verteidigt sind vielfältig und sichtbar.In dieser Tendenz scheint es angebracht, die Profiteure dieser Entwicklungen kontinuierlich und konsequent zu benennen und feindselige Gedanken gegen diese voranzutreiben – in den sozialen Auseinandersetzungen, die uns umgeben, gibt es sichtbare, angreifbare Feinde.Der Ausbau der Sicherheitsinfrastruktur, die den Reichtum sichern soll, kann sabotiert werden. Dem Umstand, dass wir Geld zum Überleben brauchen, kann durch kollektive und individuelle Enteignung begegnet werden.
Der Beseitigung der sichtbaren Widersprüche im öffentlichen Raum durch Verdrängung und Aufwertung können Vanda-

lismus, feindselige Zusammenkünfte und sichtbare Ideen des Angriffs Steine in den Weg legen. Verstehen wir das weltumspannende Netz der Ausbeutung als einen Organismus, so sind die Metropolen zentrale Knotenpunkte seines Nervensystems, in denen wiederholte Kurzschlüsse und Unterbrechungen immer wieder zu nicht unwesentlichen Beeinträchtigungen führen können. In verschiedenen Kontexten ließ sich in den letzten Jahrenerkennen, dass Mitstreiter_innen mit verschiedenen Formen der Intervention in den Städten experimentieren, sich in Worten und Taten aufeinander beziehen und den sich rasch entwickelnden sozialen Raum ihrerseits erforschen, um Handlungsspielräume zu sondieren und auszuweiten. Am 17. Mai 2015 wird das Hauptquartier der Luxus-Im-mobilien firma "von Poll" in Frankfurt am Main vollständig verwüstet und durch hohen Sachschaden für einige Zeit unbenutzbar gemacht, während Krähenfüße in den umliegenden Straßen Bullen vom Anrücken abhalten. Einige Nächte später werden in Hamburg drei Filialen der selben Firma mit Farbe, Steinen und Buttersäure angegriffen – "von Poll" setzt eine Belohnung von 50000 Euro für die Ergreifung der Täter aus. Ende März 2016 errichten einige wütende Anwohner_innen im Hamburger Schanzenviertel eine Barrikade, in ihrem Schutze werden einige Geschäfte mit Steinen angegriffen und mit Parolen wie „Gegen die Stadt der Reichen“ und „Fight Gentrification“ besprüht. Anlass der Wut war der Verkauf eines Hauses in dem verschiedene kollektive Projekte untergebracht waren an Investoren, die dieses nun renovieren und teuer vermieten werden. Die öffentliche Empörung der betroffenen Gewerbetreibenden, die sich als „alternative“ Akteure im aufgewerteten Schanzenviertel zu verstehen scheinen macht deutlich, dass es sich lohnt, da und dort über den eigenen Schatten zu springen und den Respekt vor den Profiteuren der Aufwertung zu verlieren, mögen sie sich als noch so liebenswürdig inszenieren.



Immer wieder gibt es in Hamburg unangemeldete, wilde Demonstrationen, in deren Zuge Geschäfte angegriffen und Zeichen der Wut hinterlassen werden. Nie kommt es zu Festnahmen, weil diese Zusammenkünfte sich noch vor dem Eintreffen der Polizei in der Nacht verlieren.

In der Nacht des 23. Aprils 2016 brennen zwei Autos des Luxus-Catering und Feinkostunternehmens "Frischeparadies" - zehn Jahre nachdem hier im Kontext von Kämpfen gegen Sozialpolitik geplündert wurde. Am 30. April 2016 nutzen einige Vermummte die Gunst der frühen Stunde und der Konzentration der Bullen auf das Spektakel des 1. Mai, um einen Bio-Supermarkt zu plündern. Es werden Zettel hinterlassen, auf denen steht:

„Der Denn's Markt in Altona wurde geplündert und um einige Taschen voller Lebensmittel erleichtert. Wir sind gegen eine Welt, in der die Menschen in Gewinner_innen und Verlierer_innen eingeteilt sind. In der einige wenige sehr reich sind, während viele andere sich nicht einmal genug zu essen leisten können. (...)

Enteignung - plündern und stehlen der Waren und des Geldes, die in in diesen Gesellschaftsordnung das Heiligste sind - ist ein Weg, genau diese Verhältnisse anzugreifen. Es geht nicht um Bereicherung oder ein gerechteres System. Es geht um die soziale Revolution. Scheiß auf die Stadt der Reichen. Nimm dir was du willst und hol dir dein Leben zurück!“

Am 21. Mai gegen elf Uhr betreten laut Medienberichten 20-30 Vermummte die vielbefahrene Kreuzung gegenüber des Luxusneubaus "Glockenbachsuiten" in München und bewerfen die Fassade mit Farbbomben. Am 29. Mai 2016 finden sich in Berlin wütende Individuen zusammen, entzünden auf der Alten Jakobstraße in Kreuzberg zwei brennende Barrikaden, streuen Krähenfüße und greifen in diesem Schutze einen Luxusneubau, ein Strom-Umspannwerk, hochwertige Autos, ein Hotel und einen Supermarkt mit Feuer, Farbe und Steinen an. In einem anonymen Kommuniqué ist die Rede von „Farbe, Steine und Feuer gegen die Stadt der Reichen“ in Solidarität mit den Krawallen in Frankreich. Am 07. Juni 2016 fällt in Zürich ein großer Teil des Zugverkehrs aus – in einem Kabelschacht im Norden der Stadt wurde an zwei Stellen Feuer gelegt. Über viele Stunden steht ein wesentlicher Teil des Nahverkehrs still und zwingt das geschäftige Tosen der Metropole für einen Moment zur Ruhe. Es gibt keine Bekennung zu dem Angriff – jeder, der sich danach sehnt, der Totalität des fremdbestimmten Alltags Einhalt zu gebieten, kann es gewesen sein. In Basel zieht am 24. Juni 2016 eine wilde Demonstration eine Straße voller protziger, anonymer Bürogebäude entlang und beschädigt auf ihrem Weg die Gebäude von Versicherungen, Sicherheitsunternehmen und Parteien. Leider wurden nach dieser Intervention mehrere Personen festgenommen, eine sitzt nach wie vor in Untersuchungshaft.

In Basel wie in Zürich gibt es immer wieder Versuche wilder, sachschadensintensiver Umzüge und öffentlicher Versammlungen – eine „Reclaim the Streets“-Party in Zürich mündete in Dezember 2014 in einen umfassenden Krawall. Zwei Wochen später taucht in 10000-facher Auflage ein Pamphlet mit dem Titel „Gegen die Stadt der Reichen“ auf, das sich auf die Krawalle bezieht und schlägt einen Kampf gegen die kapitalistische Dominanz in der Stadt Zürich vor. Die Veröffentlichung ruft breite Empörung und Beachtung hervor.

Am 12. August 2016 wird in Hamburg der Firmensitz von Folkard Edler mit Farben und Steinen angegriffen, ein vor dem Haus parkender Porsche wird angezündet. Edler ist nicht nur der eklige, reiche Besitzer einer millionenschweren Reederei und damit mitverantwortlich für die weltumspannende Zirkulation von Waren, sondern spendete der rassistischen, nationalistischen Partei AFD eine Million Euro für ihren Wahlkampf.

Die hier genannten Akte sind voneinander unabhängige Beispiele der Intervention, doch haben sie gemein, dass sie sich auf einem Terrain abspielten, das mit allen Facetten gegen unsere Ideen von Freiheit und Selbstbestimmung steht. Die Herausforderung ist es, diese Angriffe nicht zu isolierten, spektakulären Inszenierungen werden zu lassen, sondern sie in die soziale Konfliktualität einzubetten, hin zu einer sozialen Revolte, die uns der unbekannten, doch leidenschaftlich ersehnten Freiheit näher bringt.

DIRECT ACTION : : DOKUMENTATION : : SP

07.09.2016
Erklärung zum Angriff auf Cosco

Wir haben am 7. September 2016, in dem Monat, in dem der China Summit in Hamburg und der G20 Gipfel in Hangzhou stattfinden, die Europazentrale der Chinese Ocean Shipping Company (COSCO) in der Hamburger Neustadt (Herrengraben 74) mit Rauch, Steinen und Farbe angegriffen.
„SEHT HER GRIECHEN, SO GEHT WIRTSCHAFT HEUTE"



(Focus Überschrift zu dem COSCO-Deal 2009 und den Arbeitsbedingungen im Hafen)
COSCO ist die relevanteste Reederei Chinas und viertgrößte Containerreederei der Welt. 2016 hat COSCO 67 % der Hafengesellschaft von Piräus für 368,5 Mio Euro vom griechischen Privatisierungsfonds gekauft. Piräus ist die Nummer 1 der Passagierhäfen in Europa und einer der führenden europäischen Frachthäfen. Bereits 2009 hat COSCO Teile des Hafens für einen Zeitraum von 35 Jahren für eine jährliche Gebühr von 100 Mio Euro gepachtet.
Der Deal bescherte COSCO großzügige Steuererleichterungen und befreite die chinesische Reederei weitgehend von Sozialabgaben für die Hafenarbeiter_innen. COSCO ersetzte Festangestellte durch Zeitarbeiter_innen ohne Tarifverträge, kürzte die Rentenansprüche, führte unbezahlte Überstunden ein und lockerte Arbeitsschutzrichtlinien. COSCO Angestellte verfügen über weniger als die Hälfte des Einkommens, welches ihre Kolleg_innen bekamen, die bei der städtischen Hafengesellschaft OKP beschäftigt waren. Gegen die Privatisierung gibt es breiten Widerstand: Die Streiks und Proteste der Hafenarbeiter_innen in Athen und Thessaloniki, aber auch den Flughäfen auf den Urlaubsinseln, ziehen sich durch den ganzen Sommer.
Mit dem Kauf des Hafens von Piräus verschafft sich China einen Zugang zu den europäischen Märkten. Viele Computerhersteller (Hewlett-Packard, ZTE, Huawei, Sony) verschiffen bereits ihre in China hergestellten Produkte nach Griechenland. Großes Interesse gilt dabei der Weiterverarbeitung chinesischer Produkte in Europa, damit diese ein Zertifikat der Europäischen Union erhalten.
Mittlerweile besteht ein dichtes Netz von chinesischen Hafenbeteiligungen im gesamten Mittelmeerraum: Anteile der italienischen Häfen von Genua und Neapel, der Häfen von Alexandria und Said in Ägypten, Hafenanlagen in Haifa und Ashdod, wie im türkischen Kumport und im algerischen Cherdell gingen in chinesischen Besitz über. Diese Einkaufsoffensive ist Teil der 2013 von der chinesischen Staatsführung vorgestellten Strategie einer neuen Seidenstraße: „one belt one road".

DAS TROIKA DIKTAT UND DIE ROLLE DEUTSCHLANDS

Der Verkauf des Hafens von Piräus ist nur eins von vielen Beispielen für die Privatisierungsmaßnahmen in Griechenland. Verscherbelt werden Gas- und Stromversorgung (noch in diesem Jahr soll der griechische Erdgasfernnetzbetreiber DESFA verkauft werden), Post, Wasserwerke und Autobahnen, Häfen und Flughäfen, aber auch Thermalquellen, Inseln, Strände und Immobilien. Ganz im Sinne der Auflagen, die das Land im Gegenzug für die Kredite der Troika (bestehend aus EZB, EU-Kommission und IWF) erfüllen muss. Durch den Verkauf von Staatseigentum an private Investor_innen aus aller Welt soll Athen 50 Mrd Euro einnehmen. Erzielt wurden seit 2011 jedoch nur 3,5 Mrd Euro.
Profiteure dieses Ausverkaufs sind nicht zuletzt deutsche Firmen: So buhlt die Münchener Gesellschaft Deutsche Invest Equity Partners GmbH um das Hafenunternehmen OLTH und Siemens bewirbt sich um den griechischen Strombetrieb.
Die ehemals staatliche Telefongesellschaft Griechenlands, OTE, ist mittlerweile zu 40 % im Besitz der deutschen Telekom. Die Übertragung von weiteren staatlichen Anteilen an die Telekom soll eine der Bedingungen für die Auszahlung der Kredite gewesen sein. Über 3300 Stellen hat die Telekom in dem Unternehmen bereits gestrichen. Ein solcher Arbeitsplatzabbau droht auch den anderen öffentlichen Einrichtungen, die privatisiert werden.
Ein großer Gewinner der Privatisierung in Griechenland ist die Frankfurter FRAPORT. Für 1,2 Mrd Euro hat FRAPORT die 14 profitabelsten Flughäfen für die Dauer von 40 Jahren gepachtet. Umfangreiche Subventionen, Transferleistungen und staatliche Garantien wurden von Seiten des griechischen Privatisierungsfonds ebenso zugesichert, wie ein Verzicht auf Immobilien und Gemeindesteuern. Vermutlich werden die Haupteigner der FRAPORT (das Bundesland Hessen, die Stadt Frankfurt und die Lufthansa) Gewinne in zweistelliger Milliardenhöhe in den nächsten Jahrzehnten einstreichen.
Der ursprüngliche Plan, eine Mischung aus profitablen und defizitären Flughäfen abzustoßen, war kurz zuvor verworfen worden. Sehr wahrscheinlich eine Initiative der deutschen Regierung innerhalb der Troika, zumal die Lufthansa Consulting GmbH (Tochter des mit 8 % an FRAPORT beteiligten Lufthansa Unternehmens) bei dem Deal die Beratung übernommen hatte.
Während deutsche Firmen sich in Griechenland die Sahnestücke sichern, wird in der deutschen Presse gegen „die Griech_innen" gehetzt, mit Bezichtigungen wie „faul" oder „auf unsere Kosten" soll das Spardiktat legitimiert und eine solidarische Bezugnahme verhindert werden. Dabei ist Deutschland eine der treibenden Kräfte hinter der Austeritätspolitik der EU, die Griechenland aufgezwungen wird. Eine Anmaßung sondergleichen, wenn man bedenkt, dass bisher keinerlei Entschädigung für die deutschen Kriegsverbrechen in Griechenland gezahlt wurden.

SOZIALABBAU IM ZEICHEN DER TROIKA

Neben der Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen treibt das Spardiktat der Troika den Sozialabbau voran: Staatliche Leistungen werden gekürzt oder ganz gestrichen, Ausgaben für den Bildungssektor gesenkt und Steuern erhöht.

LITTER DER NACHT : : DOKUMENTATIONEN

Die strenge Sparpolitik Griechenlands hat verheerende Auswirkungen auf die medizinische Versorgung der dort lebenden Menschen. Dabei wirkt sie sich hauptsächlich auf die sozial Schwächeren aus. 30 % der Griech_innen leben mittlerweile am Rande oder unterhalb der Armutsgrenze, viele sind obdachlos.
Mit knapp 27% (2008 waren es 7,4 %) ist die Arbeitslosenquote die höchste der EU, für Jugendliche lag sie 2014 bei 51 %. Arbeitslosengeld von maximal 360 Euro gibt es nur für ein Jahr, anschließend fällt auch die Krankenversicherung weg. Mittlerweile hat jede_r dritte Griech_in keine Krankenversicherung. Und jene, die noch versichert sind, bekommen Medikamente, wenn diese überhaupt noch zu bekommen sind, nur bei Vorauszahlung.
Viele Menschen haben weder fürs Krankenhaus noch für Medikamente das Geld. Zudem sind die meisten Krankenhäuser geschlossen. Insbesondere chronisch Kranke, HIV-positive und Krebspatient_iknen sind gefährdet. Die Suizidrate im Land hat sich verdoppelt, die Neugeborenensterblichkeit liegt bei 43 %!
An dieser humanitären Katastrophe ist die deutsche Bundesregierung ebenfalls maßgeblich beteiligt. So hat das Bundesministerium für Gesundheit im April 2012 die Federführung zum Umbau des griechischen Gesundheitssystems übernommen.

CHINA MEETS EUROPE IN HAMBURG

In Zweijahresintervallen wird in Hamburg der hochrangige deutsch chinesische Wirtschaftsgipfel mit dem Namen „Hamburg Summit: China meets Europe" veranstaltet. In diesem Jahr findet das mittlerweile 7. von der Handelskammer durchgeführte Treffen vom 14.- 16.9. statt. Die zentralen Themen sind Internationalisierung und Digitalisierung. China ist einer der entscheidenden Handelspartner Deutschlands und wichtigster Spieler im Hamburger Hafen. Über die Hälfte des deutschen Außenhandels mit China wird hier abgewickelt. Für einen Großteil chinesischen Exporte ist der Hamburger Hafen Transitstation und Verteilzentrum für den Weitertransport innerhalb Europas, aber auch nach Russland. Über 550 chinesischen Firmen haben eine Niederlassung in Hamburg. Somit ist es nicht verwunderlich, dass hochrangige Vertreter_innen Deutschlands, Chinas, der EU, der EZB und aus der Wirtschaft hier zusammenkommen, um über die kommenden Projekte und Gewinnmöglichkeiten zu beraten.

IN HAMBURG SAGT MAN TSCHÜS

Wir laden alle militanten Gruppen, Gefährt_innen, Chaot_innen und Troublemaker am 7. und 8. Juli 2017 nach Hamburg ein. Dort kommen die Vertreter_innen der 19 mächtigsten Nationen und der EU zusammen und beraten über die Zukunft der Erde. Dieses Treffen wird viele Teile der Stadt in einen Ausnahmezustand versetzen. Der Senat und die Lenker_innen der Hansestadt versprechen sich von diesem Ereignis „enorme Strahlkraft" und in die Riege der Weltmetropolen aufzurücken: Nie mehr zweite Liga. Wenn sie sich da nicht verrechnet haben ... Denn die unkalkulierbare Größe des militanten Widerstandes und motivierter Aufständischer könnte ihnen einen Strich durch die Rechnung machen. Nach dem Platzen der Olympiaträume könnte das Ansehen Hamburgs sich im wahrsten Sinne des Wortes in Rauch auflösen. Und wer weiß, ob die Einweihung des Milliardengrabes Elbphilharmonie zu einem würdigen Ereignis wird?
Der Senat möchte, dass der Hamburger G20 Gipfel ein Signal für eine gerechte Gestaltung der Globalisierung aussendet. Uns würde da so einiges einfallen, z.B. die Sozialisierung der Vermögen der über 1500 Dollarmilliardär_innen aus den G20 Staaten, angefangen mit den superreichen Hamburgs, den Ottos, Herz, Kühnes ..., die sehr gut an der Globalisierung verdient haben.
Wir ermuntern alle dazu, schon ab sofort subversive Taten mit G20 Bezug zu starten. Als gemeinsames Motto können wir uns vorstellen: „In Hamburg sagt man Tschüs!". Lasst uns alles auf dem Müllhaufen der Geschichte werfen, was einer revolutionären Utopie im Wege steht.

07.09.16 Ja, wie fies ist das denn.....

Am 09.09.2016 berichtete u.a. die Hamburger Morgenpost über einen „fiesen Buttersäure-Anschlag" auf das Mövenpighotel im Schanzenpark.
Bereits am Abend des 07.09.2016 bekam das Hotel unerwarteten Besuch.
Erneut wurde Buttersäure in das Gebäude eingebracht, so dass sich ein übler Geruch verbreitete, der sicherlich nicht unbedingt betörend auf die zahlreich anwesenden Gäste gewirkt haben wird. Das ungeliebte Objekt war auf Grund der in unmittelbarer Nähe stattfindenden Messe sehr gut ausgelastet. Ob die Gäste von nah und fern ein 4-Sterne-Luxushotel, in dem sich plötzlich üble, penetrante Gerüche ausbreiten weiterempfehlen, das sei dahingestellt. Auf die Taktik der „Nadelstiche", erst vor einigen Wochen wurden die durch Glasbruch defekten Scheiben des Restaurantbereiches erneuert, werden sich die Betreiber*innen wohl weiterhin einstellen müssen. Nach wie vor ist nicht vergessen, unter welchen Umständen dieses Prestigeobjekt durchgesetzt wurde! In diesem Sinne: Den Verantwortlichen für vergangene, jetzige und kommende Ereignisse kräftig in die Suppe spucken!

08.09.2016 Berlin (G20)
Funkmast der Bullen sabotiert

im juli 2017 wird in hamburg ein großes spektakel der 20 führenden industrienationen stattfinden., denen die eigene sicherheit und die erhaltung ihrer privilegien einer ausbeuterischen welt am herzen liegen. das topthema wird natürlich die aktuelle sicherheitspolitische lage sein. im gesamteuropäischen raum und auch darüber hinaus gibt es derzeit momente, die die sicherheitsarchitektur ins schwanken bringen. angefangen mit den unfreiwilligen fluchtbewegungen tausender illegalisierter, über die selbstorganiserungsversuche von neu entstehenden bewegungen sei es in frankreich oder ferguson, bis hin zu rebellischen stadtvierteln in verschieden europäischen metropolen. alleine die vorstellung darüber, dass ein leben ohne ihre regulierungen funktionieren könnte, raubt den vertretern der nationen den schlaf und lässt sie enger zusammenrücken, um diese faktoren zu eliminieren. hierbei wird der deckmantel der „terrorabwehr" der öffentlichkeit gegenüber als universeller grund angeführt um ihr handeln zu rechtfertigen. dass die verschärfungen am ende alle betreffen und besonders auf strukturen abzielen, die sich nicht der regelkonformen gesellschaft unterwerfen und die eigene ausbeutung nicht akzeptieren wollen, interessiert die wenigsten und führt zu einer ungebremsten perfektionierung der überwachung.

nach dem kurzzeitigen kontrollverlust und den massenhaften unüberwachten grenzübertritten innerhalb des letzten jahres wurden alle grenzen im europäischen raum zeitweise geschlossen oder grenz-

DIRECT ACTION : : DOKUMENTATION : : SP

kontrollen wieder eingeführt. um die reibungslose verteidigung nationaler grenzen als eckpfeiler staatlicher macht zu gewährleisten, entstanden vor allem im bayrischen grenzgebiet kontrollposten durch die bundespolizei um die ungebetene gäste von anfang an nach verwertbarkeit zu kategorisieren und möglichst frühzeitig abzuweisen. diese sortierung wird in der edac datenbank des bka vorgenommen, welche eine vielzahl von informationen aufnimmt: fingerabdrücke, portraits und kontaktnetze. dadurch wird nachvollziehbar, wo, wann und wie die „illegalen" überquerungen stattfinden. erst deutsche firmen wie die telekom und t-systems ermöglichen weltweit diese routinierte verarbeitung durch die entwicklung und bereitstellung von überwachungstechnik.

der computerriese ibm, der eine vorreiterfunktion in der überwachung ganzer städte einnimmt und in engster freundschaft zu den herrschenden steht, baute in rio ein kontrollzentrum, welches die vernetzung einzelner behörden ermöglicht und ganze stadtteile in echtzeit überwacht. das „intelligent operation center" in rio ist nur eine kurzer blick in die zukunft. aus dem verlangen nach sicherheit und ordnung entstehen immer mehr dieser zentren. so wird im gefechtsübungszentrum „schnöggersburg" nicht der nächste einmarsch in ein krisengebiet geplant, sondern die asymmetrische bekämpfung von aufständischen im inneren. mittlerweile übernimmt deutschland wie in vielen anderen bereichen der rüstungs- und sicherheitsindustrie, eine führungsrolle und teilt bereitwillig taktiken mit anderen ländern, um den machterhalt und die wirtschaftlichen interessen auch außerhalb der eigenen grenzen zu sichern.

die weiterentwicklung der automatisierten strafverfolgung schreitet zügig voran. auf einigen autobahnabschnitten entstehen derzeit vernetzte kamerasysteme, die alle passierenden fahrzeuge einloggen und beim verlassen des abschnitts entsprechend ausloggen. es wird immer nachvollziehbarer, wo man sich wann und wie bewegt. die entsprechende technik wird als zukunftsweisend beworben und soll effizienter verstöße im verkehrswesen abstrafen. mittlerweile werden diese technologien im alltag immer invasiver eingesetzt. so gibt es eine projektgruppe bestehend aus regierenden, strafverfolgungsbehörden und der deutschen bahn, die derzeit an einer gesichtserkennungssoftware arbeitet. diese soll an bahnhöfen die gesichter aller reisenden erkennen und in echtzeit mit einer datenbank beim bka abgleichen.

der mensch wird als biometrische datei gespeichert, verarbeitet und identifiziert. diese daten werden schon seit jahren gesammelt und bewegungsprofile erstellt, die es ermöglichen nachzuvollziehen, welche person sich in welcher straße bewegt. private ip-kameras von denunzianten tragen zur optimierung dieser prozesse bei, da diese dauerhaft vernetzt sind und entsprechend durch die schweine genutzt werden. die überwachung des urbanen raums durch intelligente videosysteme und den schnittstellen zwischen verschiedenen behörden, wird unentwegt vorangetrieben und zielt auf die regulierung und steuerung aller individuen. die durch it-firmen entwickelten techniken und algorithmen erleichtern die arbeit repressiver organe. durch das massive einspeisen von informationen in datenbanken, werden prognosen aufgestellt, in welchen gegenden potentiell mehr straftaten zu erwarten sind.
firmen und institutionen, die sich an der entwicklung und perfektionierung dieser technologien beteiligen, sind ein entscheidender faktor zum erhalt der sozialen ordnung und eine säule der sicherheitsarchitektur um bestehende machtverhältnisse aufrecht zu erhalten. es gibt tausende profiteure, die sich durch die stetige weiterentwicklung und technologischen fortschritt als feinde der freiheit offenbaren. sie sind angreifbar.
um zumindest zeitweise den reibungslosen ablauf zu unterbrechen, haben wir den funkmast der bundesbullen am südkreuz angezündet. das zweite feuer galt einer überwachungsvorrichtung der bundesnetzagentur.

solidarische grüße senden wir an aaron und balu, die seit fast zwei monaten eingesperrt sind und auch an alle anderen inhaftierten genoss_innen.

wir rufen dazu auf, im vorfeld des g20 gipfels die infrastruktur der herrschenden und deren profiteure anzugreifen!

13.09.2016 Angriff gegen die Stadt der Reichen auf Immobilienbüro an der Elbchaussee

Wie die letzten Tage zu sehen und zu lesen war, haben Unbekannte in der Nacht des 13.09. das "Von Poll" Immobilienbüro in der Hamburger Elbchaussee angegriffen. Die Scheiben wurden zerstört und rote Farbe gegen das Haus geworfen. Außerdem wurde "Gegen die Stadt der Reichen!" an die Fassade geschrieben.
naechtes Jahr in Hamburg.



23.09.2016 Brandanschlag auf PKWs von Polizeidirektor Treumann

"10 000 mal kontrolliert
10 000 mal ist nichts passiert
aber heute Nacht (23.9.2016)
hat es Buuum gemacht"
nämlich in Polizeidirektor Enno Treumanns Carport, der vor seinem Einfamilienhaus, Raamfeld 12, zu finden war. Die Autos der Familie Treumann wurden durch Feuer vernichtet und die Nachtruhe des Menschenjägers gestört.

Enno Treumann ist Chef der "Region



LITTER DER NACHT : : DOKUMENTATIONEN

Mitte" und zählt zu den ranghöchsten Bullen Hamburgs und ist seit 20.4.2016 Leiter der "Task-Force Drogen". Die 80 köpfige Sondereinheit betreibt eine Hetzjagd auf vermeintliche Dealer_innen in St. Pauli, der Sternschanze und St. Georg. Ihre Bilanz: von April bis Ende August wurden 230 Einsätze durchgeführt, über 11 500 Personen überprüft, mindestens 5000 Platzverweise und Aufenthaltsverbote ausgesprochen, mehr als 350 Menschen wurden vorläufig festgenommen, 2000 Strafanzeigen gestellt, 60 Haftbefehle erlassen und 13 Freiheitsstrafen verhängt. Im Rahmen der Amtshilfe kamen mindestens 5000 Bullen zum Einsatz.
Für People-of-Color wurden die Einsatzgebiete der Task-Force zeitweilig zu No-Go-Areas.
Den medialen Höhepunkt markierte eine von Treumann veranlasste Razzia von Gebäuden in der St. Pauli Hafenstraße: 3 Hundertschaften, einschließlich schwerbewaffneter vermummter Beweis- und Festnahmeeinheiten, riegelten die Straße ab, brachen eine Haustür auf, bedrohten die Bewohner_innen und beschlagnahmten eine Mehrfachsteckdose und ein Stromkabel.

Im Hof nahmen die Bullen 34 mutmaßliche Dealer_innen vorläufig fest. Der Hamburger Senat und die Polizei demonstrierten Stärke im "Krieg gegen die Drogen". Polizeipräsident Meyer sagte: "Wir werden es den Dealern so ungemütlich wie möglich machen."
Dass dabei auch jemand tot auf der Strecke bleibt, wie Jaja Diabi, der wegen 1-2 g Mariuhana festgenommen wurde und im Gefängnis gestorben ist, juckt die Staatsmacht nicht.

Demonstrationen gegen die rassistischen Kontrollen vor dem Wohnhaus des Innensenators Grote werden dagegen als unakzeptabel und unerträglich bezeichnet. Dienst ist Dienst und privater Feierabend privat.

Wir sind da eher Sympatisant_innen des Grundsatzes: Täter haben Namen und Adressen und "sowas kommt von sowas"! Der Boss der Polizei Region Mitte, Enno Treumann, wird in der Zeit des G20 Gipfels mit operativen Aufgaben betreut. Die Häuser und Autos der Polizeiführer sind für uns legitime Ziele.
Wir unterstützen den Vorschlag der Militanten, die vor einigen Wochen die Reederei Cosco angegriffen haben, die Herrschaftstrukturen vor den G20 Gipfel anzugreifen und in Hamburg und anderswo Tschüss zu sagen zu allem, was uns auf dem Weg zu einer befreiten Gesellschaft im Wege steht.
Heute haben wir den Autos des Polizeidirektors Treumann Tschüss gesagt.
- Bullen verpisst euch, keiner vermisst euch -
- die rassistischen Kontrollen stoppen -

16.10.2016. Bekanntmachung des Angriffs auf die Villa von Bankenpräsident Peters
Heute Nacht verschafften wir uns Zugang zu dem Privatgelände von Hans Walter Peters, In de Bost 6a in Blankenese, Hamburg. Wir haben seinen Porsche Cayenne mit Buttersäure stillgelegt.
Damit stellen wir die Frage nach der Reichstumsverteilung - "Wessen Welt ist die Welt" - in Hamburg und setzen sie auf den militanten Fahrplan bis zum G20 im Juli 2017.

"Panama-"Peters besitzt ein Vermögen von 250 Millionen Euro und ist einer der 60 Superreichen in Hamburg. 1994 begann er bei der ältesten deutschen Bank, der Berenberg-Bank. 2000 wurde er persönlich haftender Gesellschafter - eine Formulierung, die uns ganz gut gefällt -, 2009 übernahm er die Sprecherrolle der Gesellschafter. Er hat 26% der Stimmrechte an Berenberg.

2015 erzielte die Bank einen Jahresüberschuss von 104 Millionen Euro. Sie begleitete im vergangenen Jahr zehn Börsengänge - mehr als jede andere deutsche Bank. Berenberg verwaltet ein Vermögen von mehr als 40 Milliarden Euro. Privatkund_innen werden erst ab einer Einlage über einer Million Euro akzeptiert. Die Berenberg Bank spendete in der Vergangenheit mindestens eine Million Euro an die CDU. Die SPD und die FDP wurden auch geschmiert.

In die Schlagzeilen geriet diese ehrenwerte Bank über die Veröffentlichung der Panama Papers und ihren Kontakt zur panamaischen Kanzlei Mossak-Fonseca mit ihren Waffenschiebereien und Drogengeschäften. Fonseca hatte ihren Kund_innen die Hamburger Bank wärmstens empfohlen.

Wir machen uns keine Illusionen über die Freundlichkeit, Ehrlichkeit und das soziale Gewissen von Geldinstituten - "Deutsche Banken, deutsches Geld morden mit in aller Welt!" Eine Bank, die 67% Eigenkapitalrendite einfährt, kann dies nur über die Abwicklung dreckiger Geschäfte im großen Stil erreichen. Jede_r Normalverdiener_in kann sich ja mal ausrechnen, wie lange es bräuchte, um wie Panama-Peters in 20 Jahren 250 Millionen Euro anzuhäufen.
Peters war seit 2013 im Präsidium des Bundesverbandes der deutschen Banken. Im April 2016 wurde er Präsident dieser Vereinigung, der 210 private Geldhäuser angehören. Jetzt ist er der Bankenlobbyist Deutschlands schlechthin. Der Bundesverband deutscher Banken machte während der "Griechenland-Krise" Druck auf die Bundesregierung und die EU, um "Kredithilfen" und die damit gekoppelten Auflagen durchzusetzen. Die deutschen Banken, die erheblich im griechischen Bankensektor investiert hatten, wollten kein Geld verlieren.
Macht weitere Aktionen gegen die Pfeffersäcke vor dem G20. Irgendwann werden wir uns von diesem Pack verabschieden können - in Hamburg sagt mensch Tschüss!

18.10.2016 lübeck – nazikarre abgefackelt
es knallt nicht zum ersten mal bei patrick schulz vor der haustür in der stadtweide 22. heute nacht wurde sein auto hl p 17 angezündet. die bilder lassen auf wirtschaftlichen totalschaden schließen.
schulz und seine nazifreunde sind seit jahren in lübeck als neonazis aktiv. so beteiligte sich schulz im august 2015 an einem übergriff auf eine unterkunft für geflüchtete im lübecker stadtteil st. gertrud und auf angriffe gegen politische gegner*innen nach der nazidemo im bad oldesloe im april 2016. auch in zukunft werden wir ihn und seine neonazifreunde im blick haben!

wir rufen alle antifaschist*innen dazu auf sich entschlossen am kommenden samstag den nazis in neumünster entgegen zu stellen. bildet euch, bildet andere, kommt zahlreich.
schenkt den nazis nichts und nehmt ihnen alles: greift an.

20.10.2016 Frankfurt Philosophicum angegriffen
In der Nacht von Donnerstag auf Freitag haben wir die Baustelle des ehemaligen

DIRECT ACTION : : DOKUMENTATION :

Philosophicums angegriffen. Wir schlugen mehrere Frontscheiben ein und trafen mit Steinen sowie mit Farbe gefuellten Flaschen unser Ziel. Um sich verirrende Polizeistreifen auf Distanz zu halten errichteten wir brennende Barrikaden.
Die trotteligen Securitys des Hauses konnten nur von innen tatenlos zusehen und so verlief unser Angriff reibungslos.
Uns war bewusst dass das Haus im hinteren Teil bereits bewohnt ist weshalb sich unser Angriff nur auf den vorderen, sich noch im Bau befindenden, Teil beschraenkte. Unser Ziel waren nicht die BewohnerInnen sondern das Kapital des Investors und die wahnwitzigen Plaene der Frankfurter Stadtregierung.
Die Transformation des ehemaligen Philosophicums zu Luxus Appartsments ist dabei nicht nur ein weiterer Meilenstein in der Zerstoerung lebenswerterer Stadtbereiche sondern ist eng verwoben mit dem politisch gewollten Scheitern einer Initiative die sich fuer guenstigen Wohnraum an diesem Ort eingesetzt hat. Olaf Cunitz, das gruene Schwein, behauptete mal es wuerden dort keine hochpreisigen Wohnungen entstehen. Mit Mieten von mehr als 20 Euro pro Quadratmeter und einer Warmmiete von 670 Euro fuer eine Wohnung von 26 Quadratmetern, haben ABG und Stadt wieder einmal bewiesen dass es ihnen niemals darum ging bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Eigentlich koennen wir ueber ihre Luegen nur noch lachen, trotzdem schreiben wir sie auf um moeglichst vielen Menschen die Augen zu oeffnen.
Mit uns kann man nicht verhandeln und uns kann man nicht befrieden mit ein paar billigen Feigenblatt Sozialwohnungen die Statistik und Presse beruhigen sollen. Wir wissen wo ihr steht und deshalb greifen wir an.
Unsere Aktion war ein Vorgeschmack darauf was passiert wenn die Verhaeltnisse weiter eskalieren. Wir wissen nur zu genau dass die Stadt weitere Provokationen plant die wir nicht unbeantwortet lassen werden. Gleichzeitig brauch sich Investor Rudolf Muhr auch keine Illusionen zu machen – das wird nicht die letzte Aktion gewesen sein. Risikokapital bleibt Risikokapital und aus 27 Millionen koennen schnell mehr werden.
Wir freuen uns ueber jeden Angriff gegen die ABG, die Stadt und private Investoren. Wir senden revolutionaere Gruesse an alle FreundInnen in den Knaesten.
Gegen die Stadt der Reichen. Gegen den Staat des Kapitals. Fuer den revolutionaeren Bruch
P.S. Wir hoerten in Hamburg sagt man Tschuess. Wir sehen uns alle beim G20 Gipfel

22.10.2016 Neumünster
Nazi Kneipe angegriffen



Parallel zum laufenden Nazi-Rundgang wurde zum mittlerweile dritten Mal in diesem Jahr der rechte Szene-Treffpunkt "Titanic" von Antifaschist*innen angegriffen. In der Kneipe offenbar zum Schutz anwesendes rechtes Klientel, das mit Barhockern bewaffnet und Hitlergrüße zeigend auf die Straße stürmte, konnte nicht verhindern, dass die Glasfassade abermals komplett zerstört wurde.

27.10.2016 Kiel
Nächtlicher Besuch bei Nazi-Kneipe
— antifaschistischer Nachschlag zu Nazi-Aktionen am Wochenende in Neumünster und sonstwo
— nächtlicher Besuch bei Nazi-Kneipe Kaiser Friedrich am Wilhelmplatz-Schloss verklebt — Farbe auf Fassade —
— seit Jahren rechte konspirative Veranstaltungen im Kaiser Friedrich — Glükkwunsch an Antifas die am Wochenende Titanic in Neumünster angegriffen haben — Nazis alle Tage verhageln —

schlechte Zeiten für Nazi-Kneipen!

Einmal im Kreis: 43 Nazis lungern am Neumünsteraner Bahnhof rum

Etwa 300 Antifaschist*innen haben am 22.10. in Neumünster dafür gesorgt, dass grademal 43 Neonazis, die dem Aufruf der NPD-nahen Initiative "Gemeinsam für Deutschland" gefolgt waren, nur eine wenige hundert Meter kurze Runde um den Bahnhof drehen konnten. Verschiedene Blockaden und Antifa-Mobs in Bewegung hatten die eigentlich angemeldete Route des geplanten Aufmarsches in der Innenstadt unpassierbar gemacht.

Bereits seit dem Morgen hatten omnipräsente Polizeikräfte den kompletten Bahnhofsvorplatz abgeriegelt und für alle Nicht-Nazis zur No-Go-Area gemacht.

Als ab 10.15 Uhr Großgruppen von Antifaschist*innen mit Zügen aus mehreren Städten am Bahnhof eintrafen, war der Bahnhof nur noch in der gegenüberliegenden Seite Richtung Postparkplatz zu verlassen. Als sich von dort mehrere Dutzend Antifaschist*innen in Bewegung setzten, gelang es den zur Bewachung der Bahnunterführungen und Begleitung abgestellten Polizist*innen jedoch trotz brutalen Pügelattacken nicht, die Menge daran zu hindern, sich im Laufschritt ihren Weg auf die Innenstadtseite zu bahnen. Hier bildeten sich ab 11 Uhr auf der angemeldeten Nazi-Route verschiedene Blockaden: Am Großflecken, wohin auch das Neumünsteraner Bündnis gegen Rechts zu Gegenprotesten mobilisiert hatte, versperrten zwischenzeitlich 150 Menschen den Weg, während es in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs etwa 40 weiteren Gegendemonstrant*innen gelungen war, eine Sitzblockade auf dem Kuhberg zu errichten.

Ab 12.15 Uhr sammelten sich auf dem Konrad-Adenauer-Platz Neonazis, ein Großteil der schließlich auf 43 Personen angewachsenen Gruppe reiste mit der Bahn aus Richtung Bad Oldesloe an. Unter den Teilnehmenden tummelten sich bekannte norddeutsche Neonazi-Protagonisten wie der frischgebackene Ex-NPDler Thomas Wulff aus Mecklenburg-Vorpommern sowie die schleswig-holsteinische NPD-Riege um Jörn Lemke aus Lübeck, Jens Lütke aus Preetz und der Anmelder und Hautredner Mark Proch aus Neumünster. Ersterer stellte auch den Lautsprecherwagen, der jedoch nach nur einen halben Stunde aufgrund eines platten Reifens ausfiel und abgezogen werden musste. Nach einer durch lautstarke Antifaschist*innen übertönten Auftaktkundgebung formierten sich die teils vermummten Neonazis gegen 13 Uhr in Viererreihen, konnten sich jedoch aufgrund der andauernden antifaschistischen Blockaden nicht auf der angestrebten Route in Bewegung setzen. Erst eine dreiviertel Stunde später wurden die Nazis auf einer halbstündigen Ersatzroute einmal um den Bahnhof geleitet, wobei die Polizei ihnen eine Zwischenkundgebung direkt vor dem alternativen Jugendzentrum AJZ ermöglichte. Auch diese wurde durch laute Proteste begleitet. Zurück am Bahnhofsvorplatz war der armselige und nassgeregnete Auflauf nach letzten Redebeiträgen der übelsten rassistischen und antisemitischen Sorte um 15 Uhr endlich vorbei. Die Neonazis reisten per Bahn ab.

Parallel zum laufenden Nazi-Rundgang wurde zum mittlerweile dritten Mal in diesem Jahr der rechte Szene-Treffpunkt "Titanic" von Antifaschist*innen angegriffen. In der Kneipe offenbar zum Schutz anwesendes rechtes Klientel, das mit Barhockern bewaffnet und Hitlergrüße zeigend auf die Straße stürmte, konnte nicht verhindern, dass die Glasfassade abermals komplett zerstört wurde. Mark Proch persönlich nahm noch während der laufenden Demo Bezug auf den Angriff und verlor sich in Rachephantasien an Antifaschist*innen.

Um das polizeiliche Abschottungskonzept durchzusetzen setzten insbesondere aggressive BFE-Einheiten punktuell immer wieder massiv Gewalt gegen Gegendemonstrant*innen ein. Ein Antifaschist wurde zwischenzeitlich wegen angeblichem Widerstand festgenommen, einem anderen Gegendemonstranten wurde von einem prügelnden Polizisten durch einen Tonfa-Schlag die Hand gebrochen. Dieses brutale Vorgehen gegen Nazi-Gegner*innen sowie die skandalöse Tatsache, dass die Polizei über mehrerere Stunden den kompletten Bahnhofsvorplatz grademal 43 Neonazis vollständig überließ, während alle anderen Bahnhofsnutzer*innen massiv in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt wurden und der innerstädtischen Busverkehr umgeleitet werden musste, unterstreicht wiederholt die unrühmliche Rolle der Neumünsteraner Polizei bei der mit viel Aufwand betriebenen Durchsetzung der organisatorisch größtenteils miserablen Auftritte von Neonazis gegen die stets deutlich größeren antifaschistischen Gegenaktionen in der Schwalestadt. Neumünster ist dadurch im vergangenen Jahr nicht zufällig zum Zentrum der wiederkehrenden rechten Aufmarschversuche in Schleswig-Holstein geworden, die erfreulicherweise trotzdem immer wieder vereitelt werden konnten.

Auch außerhalb der Neumünsteraner Stadtgrenze bestach die Polizei durch repressive Schikanen gegen Antifaschist*iknen. So wurde die Lübecker Zuganreise in Bad Oldesloe von der Polizei gestoppt und die Personalien der anreisenden Antifas aufgenommen. Grund waren vermeintlich mit Stickern abgeklebte Kameras in der Bahn, was den Lokführer dazu veranlasste die Einsatzkräfte zu verständigen. Nach der Personalienfeststellung konnten die Antifas die Fahrt fortsetzen.

Zusammengefasst kann der Tag aus antifaschistischer Perspektive durchaus wiedereinmal als erfolgreich verbucht werden. Zu einem viele Wochen angekündigten Aufmarsch konnte die rechte Rest-Szene trotz involvierter NPD-Prominenz nur weniger als die Hälfte der angemeldeten 100 Personen mobilisieren und blieb damit nochmal hinter den ebenfalls schon spärlichen "Gemeinsam für Deutschland"-Aufläufen in Bad Oldesloe und Stade zurück, war vollständig von der Öffentlichkeit isoliert und mit Blockaden und lauten Protesten konfrontiert, die die Umleitung auf eine vielfach kürzere Alternativroute erzwingen konnten. Insgesamt 300 Antifaschist*innen verschiedener Spektren gelang es auch Dank permanenter Bewegung und Entschlossenheit die Polizeiabsperrungen rechts liegen zu lassen, die angemeldete Nazi-Route in der Innenstadt zu besetzen und entstehende Räume zu nutzen, wie der gelungene Angriff auf die "Titanic" unter Beweis gestellt hat. Auch zukünftig sollten deshalb die bewerten Rezepte angewandt und weiterentwickelt werden um dafür zu Sorgen, dass rassistische und nationalistische Straßenmobilisierungen im hohen Norden weiterhin keine politische Relevanz entfalten können. Zu den Gegenaktionen hatten antifaschistische Gruppen aus ganz Schleswig-Holstein und Hamburg sowie lokale Bündnisse in Neumünster mobilisiert.

Flora Termine November / Dezember

Do 03.11. 20 Uhr
Demokratische Konterrevolution:
Die Türkei nach dem Militärputsch
Über die ideologischen Konstellationen der türkischen Katastrophenpolitik und die Residuen individueller und kollektiver Widerstände dagegen. Mit Danyal Casar (Autor, Cosmoproletarian Solidarity, konkret u.a.).

22 Uhr
Konzert
Zeki Min
Folk/Rock aus Berlin

Mo 07.11. 20 Uhr
Greek militarism in the age of SYRIZA
Veranstaltung findet auf englisch statt.

Di 08.11. 20 Uhr
thirstday punkkneipe

Do 10.11. 20 Uhr
Konzert
Pettersson - Post-HC/Screamo aus Wien
Hausmeister - Emo-Punk aus Graz
Opaque - Noisecore aus Lüneburg

Fr 11.11. 20 Uhr
antifa-kneipe

Fr 18.11. 20 Uhr
antifa-tresen

Do 24.11. 20 Uhr
dub-cafe
Sa 26.11. 20 Uhr
Konzert
Braindead - Skacore aus HH.
Conscious Youth- Dub-Kollektiv aus Bristol
Zibabu - Freak Punk aus Amsterdam
Loser Youth - Punk/HC aus HH
Zeki Min - Folk/Rock aus Berlin

So 27.11.
Rotznasen Kindervokü

Fr 09.11. 20 Uhr
antifa-kneipe

Sa 10.12. 20 Uhr
Konzert
Ascetic - Post Punk/Wave aus Melbourne/Berlin
Alpha Waves - Post-Punk/Wave aus HH

Di 13.12. 20 Uhr
thirstday punkkneipe

Fr 16.12. 20 Uhr
antifa-tresen

Do 29.12. 20 Uhr
dub-cafe

Floragruppen und regelmässige Termine

Archiv der Sozialen Bewegungen und Fotoarchiv: jeden Montag 15-20 Uhr (Tel. 433007)

motorrad werkstatt: jeden montag schrauben und klönen ab 18 uhr. kommt vorbei!

fahrradselbsthilfe: mit ra(d)t und tat stehen euch die schrauber montags von 18.30-21 uhr zur seite!

offene baugruppe: wir erfinden gerade die flora neu und nehmen umfangreiche umbaumaßnahmen im erdgeschoss in eigenleistung vor – wenn ihr lust habt, euch handwerklich in einem spannenden und herausfordernden politischen umfeld zu engagieren, kommt samstags um 12 uhr vorbei!

sportraum: selbstverwalteter sportraum (1. stock) von neigungsgruppen mit unterschiedlichsten bewegungsangeboten. interessierte können über das plenum kontakt aufnehmen!

bandproberäume: insgesamt vier übungsräume im keller der flora werden in selbstverwaltung von bands gemeinsam genutzt. interessierte können über das plenum kontakt aufnehmen!